



BÜRO FÜR TECHNIKFOLGEN-ABSCHÄTZUNG
BEIM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Christine Henseling
Michaela Evers-Wölk
Britta Oertel
Michael Opielka
Carolin Kahlisch

unter Mitarbeit von
Julia Onodera Koestner

Ausbau der Stromnetze im Rahmen der Energiewende

Stakeholder Panel TA



Februar 2016
Stakeholder Panel Report Nr. 1



**AUSBAU DER STROMNETZE
IM RAHMEN
DER ENERGIEWENDE**



Das Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) berät das Parlament und seine Ausschüsse seit 1990 in Fragen des technischen und gesellschaftlichen Wandels. Das TAB ist eine organisatorische Einheit des Instituts für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS) im Karlsruher Institut für Technologie (KIT). Zur Erfüllung seiner Aufgaben kooperiert es seit September 2013 mit dem Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung GmbH – UFZ, dem IZT – Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung gGmbH sowie der VDI/VDE Innovation + Technik GmbH.



Christine Henseling
Michaela Evers-Wölk
Britta Oertel
Michael Opielka
Carolin Kahlisch

unter Mitarbeit von
Julia Onodera Koestner

AUSBAU DER STROMNETZE IM RAHMEN DER ENERGIEWENDE

Stakeholder Panel TA



Büro für Technikfolgen-Abschätzung
beim Deutschen Bundestag (TAB)
Neue Schönhauser Straße 10
10178 Berlin

Fon: +49 30 28491-0

Fax: +49 30 28491-119

buero@tab-beim-bundestag.de

www.tab-beim-bundestag.de

2016

ISSN-Print 2367-0215

ISSN-Internet 2367-0266



INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	5
<hr/>	
I. STAKEHOLDER PANEL TA	11
1. Hintergrund	11
2. Ziele und Konzept	11
3. Einbettung in die Arbeit des Deutschen Bundestages und des TAB	14
<hr/>	
II. ERGEBNISSE DER ONLINEBEFRAGUNG »AUSBAU DER STROMNETZE IM RAHMEN DER ENERGIEWENDE«	17
1. Vorgehensweise und Beschreibung des Datensatzes	17
2. Einstellungen zur Energiewende und zum Ausbau der Stromnetze	21
3. Konsens- und Dissenslinien bei Energiewende und Ausbau der Stromnetze	24
4. Informationsbedarf, Beteiligungsformen und -instrumente beim Ausbau der Stromnetze	28
5. Technologien und Maßnahmen zur Umsetzung der Energiewende	32
6. Gestaltungshinweise zur Förderung des Netzausbaus	39
7. Antwortverhalten der Stakeholdergruppen sowie der Einzelbürger	44
<hr/>	
III. BETEILIGUNG VON STAKEHOLDERN AN POLITISCHEN PROZESSEN	47
<hr/>	
LITERATUR	55
<hr/>	
ANHANG	57
1. Abbildungsverzeichnis	57
2. Tabellenverzeichnis	58
3. Fragebogen »Ausbau der Stromnetze im Rahmen der Energiewende«	59
4. Fragebogen »Beteiligung von Bürgern und interessierten Gruppen an der Parlamentsarbeit«	66





ZUSAMMENFASSUNG

Seit 2013 verfolgt das TAB den neuen Schwerpunkt »Diskursanalyse und Dialog mit gesellschaftlichen Akteuren«. Dabei steht die gesellschaftliche Bedarfsanalyse im Rahmen neu zu etablierender kontinuierlicher Dialog- und Diskursprozesse im Mittelpunkt. Das IZT entwickelte hierzu das Konzept »Stakeholder Panel TA« für den systematischen Erfahrungs- und Meinungsaustausch mit gesellschaftlichen Akteuren über Herausforderungen sowie Folgen von Wissenschaft und Technik. Ziel des Stakeholder Panel TA (TA steht für Technikfolgenabschätzung) ist es, Dialogprozesse zum zukünftigen Bedarf wissenschaftlich-technischer Entwicklungen zu fördern, die Sichtweisen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen in die Arbeit des TAB einzubringen und damit für den Deutschen Bundestag nutzbar zu machen. Das Stakeholder Panel TA wird in den kommenden Jahren systematisch aufgebaut und soll durch seine Mitglieder eine möglichst umfassende gesellschaftliche Perspektive widerspiegeln, jedoch ohne Anspruch auf statistische Repräsentativität. Im Stakeholder Panel TA sind gesellschaftsrelevante Gruppen wie Politik/Administration, Umwelt, Wissenschaft/Forschung/Bildung, Medien/Presse, Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Bürger-/Verbraucherorganisationen und generell interessierte Bürger vertreten. Jährlich werden etwa zwei Onlinebefragungen zu Technologien und damit verbundenen Fragen der gesellschaftlichen Technikgestaltung durchgeführt. Dieser Bericht stellt das Stakeholder Panel TA sowie die Ergebnisse der ersten Onlinebefragung »Ausbau der Stromnetze im Rahmen der Energiewende« vor, die vom 26. November 2014 bis zum 15. Januar 2015 durchgeführt wurde.

ERGEBNISSE DER ONLINEBEFRAGUNG »AUSBAU DER STROMNETZE IM RAHMEN DER ENERGIEWENDE«

- > Die Befragungsergebnisse zeigen, dass es eine deutliche Zustimmung in allen Stakeholdergruppen zu den zentralen Zielen der Energiewende gibt. Insgesamt stimmen 72 % der Befragten dem zielgerichteten Ausbau erneuerbarer Energien zu oder eher zu, beim Ausstieg aus der Kernenergie beträgt der Anteil der Befürworter 67 %, und bei der Reduzierung der Verwendung fossiler Energieträger sind es 75 %.
- > Demgegenüber wird der Ausbau der Stromnetze von einer Mehrheit der Befragten kritisch beurteilt: Während 46 % dem Netzausbau zustimmen oder eher zustimmen, lehnen ihn 51 % (eher) ab. Diese kritische Haltung dem Netzausbau gegenüber beeinflusst auch die Beurteilung der von der Bundesregierung beschlossenen Energiewende insgesamt.



- › Im Kontext des Netzausbaus rechnet die Mehrheit der Befragten mit gesellschaftlichen Konflikten: Die große Mehrheit (85 %) glaubt, dass es zu erheblichem Widerstand durch von Netzausbauprojekten betroffene Bürger kommen wird.
- › Es wird deutlich, dass der Ausbau der Stromnetze in der Bevölkerung ein relativ schlechtes Image hat, während Speichertechnologien, ein dezentrales Energieversorgungssystem sowie intelligente Verteilnetze positiv besetzt sind. Bislang scheint es nicht gelungen zu sein, den Bedarf für einen Ausbau der Stromnetze nachvollziehbar zu vermitteln.
- › Die Befragungsergebnisse verweisen auf die Notwendigkeit der Beachtung verschiedener Schutzinteressen bei der Umsetzung des Ausbaus der Stromnetze bzw. der Energiewende insgesamt. So sollten bei der Planung konkreter Maßnahmen die Wirkungen auf Artenvielfalt, lokale Flora und Fauna sowie das Landschaftsbild als hochrangige Schutzziele beachtet werden. Mit am meisten überrascht, dass 49,8 % der Befragten dem Werterhalt von Grundstücken immer oder häufig einen Vorrang vor der Energiewende insgesamt einräumen.
- › Die Auswertung der offenen Fragen zeigt: Viele Stakeholder vertreten die Ansicht, dass der Übergang zu erneuerbaren Energien auch ohne einen umfangreichen Netzausbau erfolgen könne. Sie sehen folglich keinen Widerspruch zwischen der Energiewende und dem Schutz von Arten, Landschaft und Grundstückswerten.
- › Nur ein Drittel der Befragten gibt an, sich bezüglich des Themas Ausbau der Stromnetze gut informiert zu fühlen. Die große Mehrheit der befragten Stakeholder (mit Ausnahme der Medien) fühlt sich nicht ausreichend über den Netzausbau informiert und wünscht sich mehr Informationen sowohl zur Notwendigkeit des Netzausbaus als auch zum Planungsstand und über Möglichkeiten zur Beteiligung der Öffentlichkeit.
- › Die Ergebnisse zeigen, dass über Informations- und Kommunikationsprozesse hinaus Maßnahmen und Instrumente zur Beteiligung der Öffentlichkeit aus Sicht der Stakeholder beim Netzausbau eine große Bedeutung haben sollten. Alle befragten Stakeholdergruppen schreiben ihnen eine hohe Relevanz zu, und zwar sowohl den formellen Beteiligungsinstrumenten im Planungsprozess als auch weiter führenden freiwilligen Maßnahmen. Dies deutet auf einen hohen Mitgestaltungswillen der Stakeholder hin.
- › Die Befragten machten deutlich, dass sie sich Maßnahmen beim Ausbau der Stromnetze wünschen, die das direkte Umfeld der Betroffenen möglichst wenig belasten bzw. nicht sichtbar sind. Hohe Zustimmungswerte erhalten folglich die folgenden Maßnahmen und Leitgedanken: Leitungen entlang bestehender Infrastrukturtrassen (wie z. B. der Autobahn) bauen, Überlas-

- tion einer Region mit Infrastruktur vermeiden, Gesundheitsaspekte stärker berücksichtigen sowie Erdkabel vermehrt einsetzen.
- > Betrachtet man das Antwortverhalten der einzelnen Stakeholdergruppen über die verschiedenen Fragen hinweg, fällt auf, dass Bürger- und Verbraucherorganisationen sowohl der Energiewende insgesamt als auch dem Ausbau der Stromnetze am kritischsten gegenüberstehen. Dies lässt sich dadurch erklären, dass hier zu einem merklichen Teil Mitglieder von Bürgerinitiativen geantwortet haben, die sich explizit gegen den Stromtrassenbau, für Erdkabel oder gegen den Bau von Windparks engagieren.
 - > Demgegenüber weist die Gruppe der Zivilgesellschaft die höchsten Zustimmungswerte zu den Zielen der Energiewende, zur von der Bundesregierung beschlossenen Energiewende insgesamt und auch zum Ausbau der Stromnetze auf.

THEMENÜBERGREIFENDE FRAGEN ZUR BETEILIGUNG VON STAKEHOLDERN AN POLITISCHEN PROZESSEN

- > Die befragten Panelmitglieder schätzen den Nutzen von Formaten zur Beteiligung von Stakeholdern für die Arbeit des Deutschen Bundestages als hoch ein.
- > Die Befragten bewerten vor allem folgende Beteiligungsformen als sehr gut oder eher gut: Anhörungen von Stakeholdern im Bundestag (71,5 %), Onlinebeteiligung der Öffentlichkeit an der Parlamentsarbeit (65,4 %) sowie Mitarbeit von Stakeholdern in parlamentarischen Beiräten (68,5 %).
- > Eine direkte Mitbestimmung von Stakeholdern bei wichtigen politischen Entscheidungen erhält im Vergleich dazu etwas geringere Zustimmungswerte. Knapp die Hälfte der Befragten bewertet diese Form der Beteiligung positiv.
- > Die Befragten sind der Ansicht, dass Beteiligungsprozesse die politische Kultur in Deutschland stärken. Insbesondere tragen sie dazu bei, das Interesse und das Vertrauen in die politischen Institutionen zu stärken und verbessern die politischen Ergebnisse.
- > Eine Abkehr von der rein repräsentativen und einen Wandel hin zu einer vielfältigen, partizipativen Demokratie können die Befragten dabei jedoch nicht erkennen. Hier bieten sich also durchaus Potenziale für die Zukunft.



STAKEHOLDER PANEL TA **I.**

HINTERGRUND **1.**

Seit 2013 verfolgt das TAB den neuen Schwerpunkt »Diskursanalyse und Dialog mit gesellschaftlichen Akteuren«. Dabei steht die gesellschaftliche Bedarfsanalyse im Rahmen neu zu etablierender kontinuierlicher Dialog- und Diskursprozesse im Mittelpunkt (Opielka et al. 2014). Das IZT – Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung widmet sich als Mitglied des TAB-Konsortiums der Aufgabe, diesen Schwerpunkt aufzubauen. Es entwickelte hierzu das Konzept »Stakeholder Panel TA« für den systematischen Erfahrungs- und Meinungsaustausch mit gesellschaftlichen Akteuren über Herausforderungen und Folgen von Wissenschaft und Technik. Dieser Bericht stellt das Stakeholder Panel TA sowie die Ergebnisse der ersten im Rahmen des Panels durchgeführten Onlinebefragung »Ausbau der Stromnetze im Rahmen der Energiewende« vor.

ZIELE UND KONZEPT **2.**

Ziel des Stakeholder Panel TA ist es, Dialogprozesse zum zukünftigen Bedarf wissenschaftlich-technischer Entwicklungen zu fördern und gegebenenfalls zu initiieren, die Sichtweisen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen in die Arbeit des TAB einzubringen und damit für den Deutschen Bundestag nutzbar zu machen.

Der Aufbau des Stakeholder Panel TA basiert auf einem normativ-diskursiven Ansatz der Stakeholdertheorie. Mit dem Anspruch, Dialoge und Partnerschaften zum gegenseitigen und gesellschaftlichen Nutzen aufzubauen und zu betreiben, sollen nicht nur fachliche, politisch-strategische und normative Aspekte berücksichtigt werden. Das Stakeholder Panel TA soll vielmehr insbesondere auch gesellschaftliche Bedürfnisse und potenzielle Ansprüche im Kontext ausgewählter wissenschaftlich-technischer Entwicklungen identifizieren und abbilden.

Das Stakeholder Panel TA wird in den kommenden Jahren systematisch aufgebaut und soll durch seine Mitglieder eine möglichst umfassende gesellschaftliche Perspektive widerspiegeln. Es ist dabei weder bevölkerungsrepräsentativ ausgerichtet noch explizit als Expertenpanel konzipiert, sondern will die unterschiedlichen gesellschaftlichen Stakeholder in ihrer Breite und Vielfalt kontinuierlich einbinden. Das Ziel besteht darin, gesellschaftsrelevante Gruppen wie Politik/Administration, Umwelt, Wissenschaft/Forschung/Bildung, Medien/Presse, Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Bürger-/Verbraucherorganisationen und generell

interessierte Bürger zu repräsentieren (Abb. I.1). Das kann gelingen, indem der Zugang zum Panel unkompliziert möglich ist und das Panel selbst sozialwissenschaftlich »gesättigt« wird. Eine Untersuchung gilt im Sinne des hier mit verwendeten Ansatzes der »Grounded Theory« dann als gesättigt, wenn in der Datenerhebung der Punkt erreicht ist, an dem sich die Daten zu wiederholen scheinen. Praktisch bedeutet dies beispielsweise, dass auch während der Laufzeit des Panels wiederholte Mitgliederwerbungsaktivitäten erfolgen können, wenn der Eindruck besteht, dass relevante Gruppen noch nicht ausreichend repräsentiert sind.

ABB. I.1

ÜBERBLICK ÜBER DIE EINZELNEN STAKEHOLDERGRUPPEN
IM STAKEHOLDER PANEL TA



Eigene Darstellung

Im Stakeholder Panel TA wird bei der Zuordnung der Stakeholder unter anderem zwischen den Gruppen »Bürger- und Verbraucherorganisationen« und »Zivilgesellschaft« unterschieden. Während in der ersten Gruppe jene Initiativen und Organisationen zusammengefasst sind, die explizit die Interessen von Bürgern und Verbrauchern vertreten (Bürgerinitiativen, Bürgervereinigungen, Verbraucherorganisationen), umfasst die zweite Gruppe zivilgesellschaftliche Organisationen, die gesellschaftliche Werte und Interessen wie beispielsweise Religion, Kultur oder Bildung repräsentieren (Stiftungen, Kirchen, Verbände und Vereine). Einen Überblick über die Zusammensetzung der Stakeholdergruppen gibt der folgende Kasten.



ZUSAMMENSETZUNG DER STAKEHOLDERGRUPPEN

- *Wissenschaft/Forschung/Bildung*: Schulen, Universitäten/Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Technologietransfer und Innovationsförderung, Fachverbände und Standesorganisationen, sonstige wissenschaftliche oder bildungsbezogene Einrichtungen
- *Politik/Administration/öffentliche Einrichtung*: Bundesregierung und Fachbehörden des Bundes, Landesregierung und Fachbehörden der Länder, Parlamente, öffentliche Verwaltung, öffentliche Einrichtungen, Parteien, sonstige politische/administrative Einrichtungen
- *Bürger- und Verbraucherorganisationen*: Bürgervereinigungen, Verbraucherschutz, sonstige Bürger- oder Verbrauchereinrichtungen
- *Zivilgesellschaft*: Verbände und Vereine, Non-Profit-Organisation, Stiftungen, Kirchen, sonstige zivilgesellschaftliche Interessenverbände
- *Medien/Presse*: publizistische Medien (Hörfunk, Fernsehen, Presse etc.), Social Media, Fachverbände und Standesorganisationen, sonstige Medien
- *Wirtschaft*: Unternehmen, Freiberufler, Verbände, Arbeitnehmervereinigungen, Fachverbände, Gewerkschaften, sonstige wirtschaftsbezogene Einrichtungen
- *Umwelt*: Umwelt- und Naturschutz, Tierschutz, sonstige umweltbezogene Einrichtungen
- *interessierte/engagierte Einzelbürger*

Im Zentrum des Stakeholder Panel TA stehen jährlich etwa zwei bis drei Onlinebefragungen zu Technologien und damit verbundenen Fragen der gesellschaftlichen Technikgestaltung. Die Themen der Befragungen werden in der Regel gleichzeitig im Rahmen von TAB-Projekten behandelt, sodass ein enger Bezug zu laufenden Studien gegeben ist. Die Onlinebefragungen werden durch qualitative Dialogelemente ergänzt, um ein möglichst umfassendes Bild der Positionen, Interessen, Einschätzungen und Fragestellungen der Stakeholder zu erhalten. Hierzu zählen beispielsweise Diskussionsveranstaltungen, Kreativworkshops oder Social-Media-Interaktionen.

Die Inhalte der Dialogformate im Rahmen des Stakeholder Panel TA decken die TAB-Themen nicht umfassend ab, sondern behandeln in begründeter Form jeweils ausgewählte Aspekte. Das Instrument des Stakeholder Panel TA bringt es mit sich, dass komplexe Sachverhalte verdichtet und zum Teil vereinfacht dargestellt werden müssen. Fragestellungen müssen so aufbereitet werden, dass sie nicht nur in Fachkreisen, sondern von einer interessierten Öffentlichkeit verstanden werden.

**STAKEHOLDER PANEL TA: BETEILIGEN SIE SICH!**

Seit Sommer 2014 werden laufend Mitglieder für das Stakeholder Panel TA gewonnen. Für die Mitgliedergewinnung wurden mit Blick auf die bereits zuvor benannten Stakeholdergruppen relevante Datenbanken (OECKL-online etc.) ausgewertet sowie einschlägige Netzwerke, Verbände und gesellschaftliche Multiplikatoren (acatech, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, Deutsche Umwelthilfe, politik digital, Netzwerk TA, Netzwerk Zukunftsforschung etc.) um Unterstützung gebeten. Die in diesem Prozess ausgewählten Adressaten wurden eingeladen, sich am Stakeholder Panel TA bzw. an der ersten Onlinebefragung »Ausbau der Stromnetze im Rahmen der Energiewende« zu beteiligen. Daneben wurden Vertreter der verschiedenen Medien über das neue Dialogangebot informiert, soziale Medien (Research Gate, Twitter, XING etc.) durch spezifische Aktivitäten eingebunden und Informationen zum Stakeholder Panel TA sowie zur Onlineumfrage entsprechend verbreitet.

Seit dem Launch der Website im November 2014 konnten über 1.500 registrierte Mitglieder für das Stakeholder Panel TA gewonnen werden (Stand: Mai 2015). Erste Erfahrungen zeigen, dass sich hier auch viele Bürger beteiligen, die keine Verankerung in einer Stakeholdergruppe angeben. Das Stakeholder Panel TA sieht dies als wichtige Ergänzung und berücksichtigt diese Ergebnisse gezielt, indem es Einzelbürger in den Auswertungen als eigene Gruppe gesondert ausweist.

Panelmitglieder erhalten erste Auswertungsergebnisse vor der umfassenden Publikation, sie werden zeitnah nach Abschluss einer Befragung per E-Mail zugesandt. Mit diesem kleinen »Informationsvorsprung« bedanken wir uns bei allen Unterstützern.

Interessenten, die sich als Mitglied des Stakeholder Panel TA registrieren möchten, melden sich unter folgendem Link an: www.stakeholderpanel.de. Das IZT freut sich über weitere Mitglieder! Bitte weisen Sie auch in Ihren jeweiligen Fachkreisen auf das neue Dialogangebot hin.

**EINBETTUNG IN DIE ARBEIT DES DEUTSCHEN
BUNDESTAGES UND DES TAB****3.**

Der Bundestagsausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung legte im Sommer 2014 im Rahmen der Beschlussfassung für neue TAB-Projekte auch erste Themen des Stakeholder Panel TA fest: »Online-Bürgerbeteiligung an der Parlamentsarbeit« und »Neue elektronische Medien und Gefahrenpotenziale exzessiver Nutzung«. Für den Aufbau des Stakeholder Panel TA



wurde vom TAB-Konsortium zudem eine erste Onlinebefragung »Ausbau der Stromnetze im Rahmen der Energiewende« beschlossen.

Konzeption, Struktur und inhaltliche Ausrichtung der Onlinebefragungen werden im Rahmen des TAB-Konsortiums diskutiert. Der Fragenkanon besteht nicht nur aus geschlossenen Fragen. Besonderer Wert wird darauf gelegt, dass alle Teilnehmenden ihre Positionen erläutern und Kommentare sowie Anregungen in die Auswertung einbringen können. Sie fließen – im Sinne des TA-Diskurses – in den Auswertungsprozess mit ein. Die Ergebnisse der Dialogformate und Onlinebefragungen werden jeweils zusammenfassend ausgewertet und veröffentlicht.





ERGEBNISSE DER ONLINEBEFRAGUNG »AUSBAU DER STROMNETZE IM RAHMEN DER ENERGIEWENDE«

II.

VORGEHENSWEISE UND BESCHREIBUNG DES DATENSATZES

I.

Die Onlinebefragung »Ausbau der Stromnetze im Rahmen der Energiewende« war vom 26. November 2014 bis 15. Januar 2015 über das Internetangebot des Stakeholder Panel TA öffentlich zugänglich. Sie wurde im Rahmen der zuvor beschriebenen Mitgliederwerbung (siehe Kasten, S. 14) für das Stakeholder Panel TA durch das IZT beworben.

Die Befragung wurde vor dem Hintergrund der beiden laufenden TAB-Projekte »Moderne Stromnetze als Schlüsselement einer nachhaltigen Energieversorgung« sowie »Interessenausgleich bei Infrastrukturprojekten« konzipiert. Dabei hat diese erste Onlinebefragung insofern einen Sonderstatus, als sie – im Gegensatz zu den kommenden Erhebungen – zwar thematische Bezüge zu TAB-Projekten aufweist, jedoch von diesen unabhängig durchgeführt und ausgewertet wurde. Neben den Ergebnissen der TAB-Projekte wurden auch aktuelle Untersuchungen und Bevölkerungsbefragungen zur Energiewende und zum Ausbau der Stromnetze bei der Konzeption der Befragung berücksichtigt, beispielsweise Untersuchungen der Deutschen Umwelthilfe, der Universität Magdeburg und des Unabhängigen Instituts für Umweltpolitik – UfU (Deutsche Umwelthilfe 2013; Schweizer-Ries et al. 2010; Zimmer et al. 2012). In Abgrenzung zu diesen Untersuchungen werden im Stakeholder Panel TA jedoch keine konkreten Planungsvorhaben und damit bestimmte Regionen betrachtet, sondern es stehen generelle Einstellungen der Stakeholder zum Ausbau der Stromnetze im Kontext der Energiewende sowie die Bewertung ausgewählter Maßnahmen im Zentrum. Vor dem Hintergrund der beiden TAB-Projekte sowie aktueller Diskussionen wurde der Fokus bewusst auf einen bestimmten Aspekt der Energiewende – den Ausbau der Stromnetze – gelegt, wobei die Energiewende als energiepolitischer Rahmen mit betrachtet wird. Die Befragung gliederte sich in fünf Themenblöcke:

- > Einstellungen zur Energiewende und den damit verbunden Zielsetzungen,
- > Bewertung von Maßnahmen und Technologien zur Umsetzung der Energiewende,
- > gesellschaftliche Konflikte,
- > Beteiligungsmöglichkeiten beim Ausbau der Stromnetze und
- > Erhöhung der Akzeptanz beim Netzausbau.



Teilgenommen haben insgesamt 4.658 Personen. In die Auswertung einbezogen wurden die Angaben von 4.309 Teilnehmenden, die sich zu mindestens 80 % der Variablen (geschlossene und ergänzende offene Fragen für Kommentare und Anregungen) geäußert haben.

Die Auswertung der Daten erfolgte mithilfe des statistischen Analyseprogramms SPSS, Version 18. Neben der Berechnung der Häufigkeiten wurden verschiedene bi- und multivariate Analysen durchgeführt, wobei ein Schwerpunkt auf die Ermittlung des Antwortverhaltens der verschiedenen Stakeholdergruppen gelegt wurde. Zusätzlich wurden die Antworten interessierter Einzelbürger gesondert untersucht und ausgewiesen. Im Bericht wird bei der grafischen Darstellung zwischen zwei Typen von Diagrammen unterschieden: Häufigkeiten, die die Gesamtheit aller Antwortenden umfassen, sowie Kreuztabellen, die die Antworten je nach Stakeholdergruppe benennen. Die Darstellung der Häufigkeiten gibt einen ersten Überblick über das Gesamtergebnis. In diesen Grafiken werden auch fehlende Werte angegeben sowie diejenigen Personen ausgewiesen, die mit »keine Angabe« geantwortet haben. Bei der Feststellung der Häufigkeiten insgesamt (hier $n = 4.309$) wird keine Gewichtung der Stakeholdergruppen vorgenommen¹. Allerdings geben die Kreuztabellen Aufschluss über die Positionen der unterschiedlichen Stakeholdergruppen und unterstützen so einen Vergleich. Um deutlich zu machen, dass die Stakeholdergruppen sehr unterschiedlich stark besetzt sind, sind in den nach Stakeholdern aufgeschlüsselten Grafiken im Report die Anzahl der Antworten (n) je Stakeholdergruppe ausgewiesen. Zu beachten ist darüber hinaus, dass aus statistischen Gründen in den Auswertungen nach Stakeholdergruppen die Kategorien »keine Angabe« und »sonstiges« nicht mit berücksichtigt wurden. Dieses Vorgehen ist u.a. damit zu begründen, dass in diesem Analyseschritt die Positionen der Stakeholdergruppen und ihre möglichen Abweichungen – und damit die tatsächlichen Antworten – im Vordergrund des Interesses standen. Zusätzlich zu den im Report abgebildeten Grafiken werden weitere Diagramme im Internet zur Verfügung gestellt, die über den Link www.stakeholderpanel.de/publikationen/ abgerufen werden können.

Des Weiteren wurde im Rahmen der Auswertung eine Clusteranalyse durchgeführt. Die Ergebnisse zeigten aber, dass zwar bezüglich der Frage 1 (Einstellungen zur Energiewende) drei verschiedene Gruppen identifiziert werden können, über den gesamten Fragebogen hinweg können jedoch keine Cluster

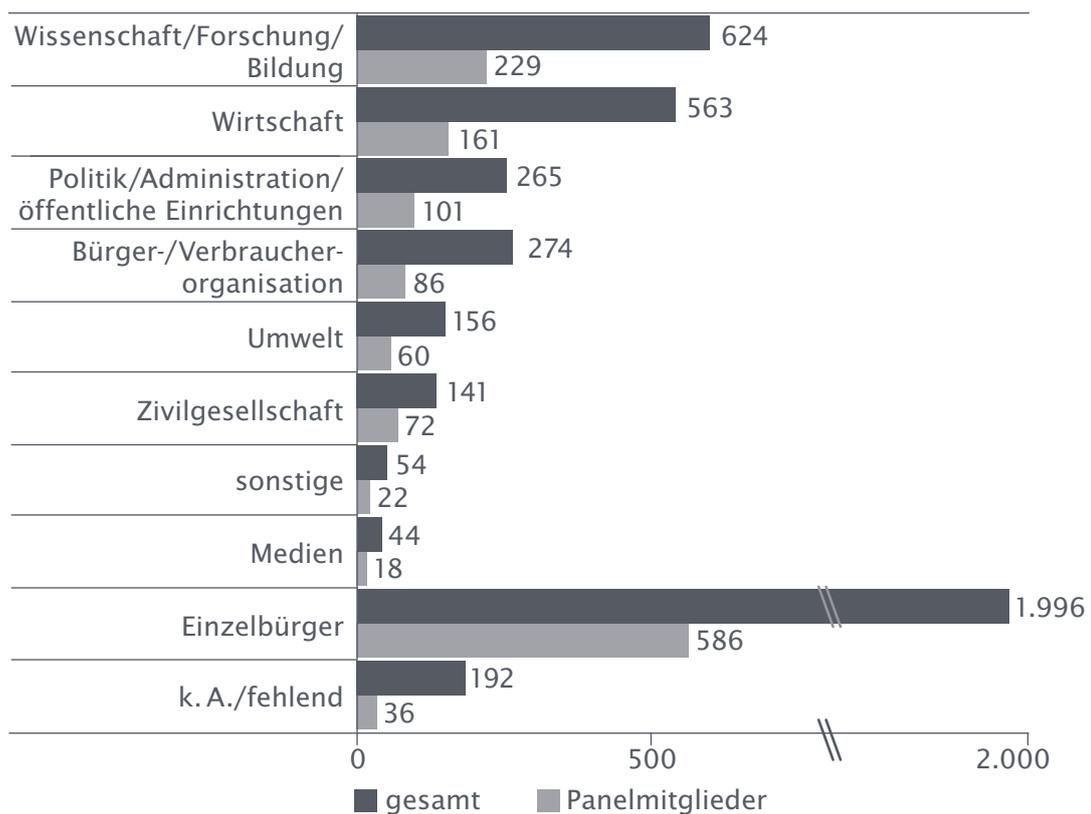
¹ Nach Rücksprache mit Experten des GESIS Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (www.gesis.org/unser-angebot/studien-planen) entschied sich das Projektteam von einer Gewichtung abzusehen. Ein solcher Schritt sollte in der Regel dann vorgenommen werden, wenn in der Stichprobe Verzerrungen gegenüber der Grundgesamtheit vorliegen. Dies ist bei einer Umfrage wie dem Stakeholder Panel TA und in Bezug auf die dafür ausgewählten Stakeholdergruppen nicht oder nur sehr schwer einzuschätzen: Wie groß die gesellschaftliche Gruppe »Umwelt« gegenüber der Gruppe »Wissenschaft« ist, lässt sich beispielsweise kaum ermitteln.

unterschieden werden. Für die Entwicklung einer Typologie lieferten die Ergebnisse der Clusteranalyse keine hinreichende Basis. Die Auswertung der zahlreichen Antworten im Rahmen der offenen Fragen und Kommentarmöglichkeiten wurde mithilfe des Programms MAXQDA für qualitative Text- und Datenanalyse durchgeführt. Die Ergebnisse der Auswertung wurden am 16. März 2015 im Rahmen eines Workshops vorgestellt und mit Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Umwelt diskutiert.

Auffällig ist der geringe Frauenanteil von rund 15%. Weiterhin ist der Anteil der interessierten Einzelbürger, die sich keiner Stakeholdergruppe zugeordnet haben, mit 46% sehr hoch. Durch diesen hohen Anteil von Einzelbürgern an der Gesamtheit der Befragten werden auch die Gesamtergebnisse (Häufigkeiten insgesamt) beeinflusst. Abbildung II.1 gibt einen Überblick über die Zuordnung der Befragten zu einzelnen Stakeholdergruppen.

ABB. II.1

ZUORDNUNG DER STAKEHOLDER



Fragebogen »Ausbau der Stromnetze« n = 4.309; registrierte Panelmitglieder, die den Fragebogen »Ausbau der Stromnetze« zu mindestens 80% beantwortet haben n = 1.371

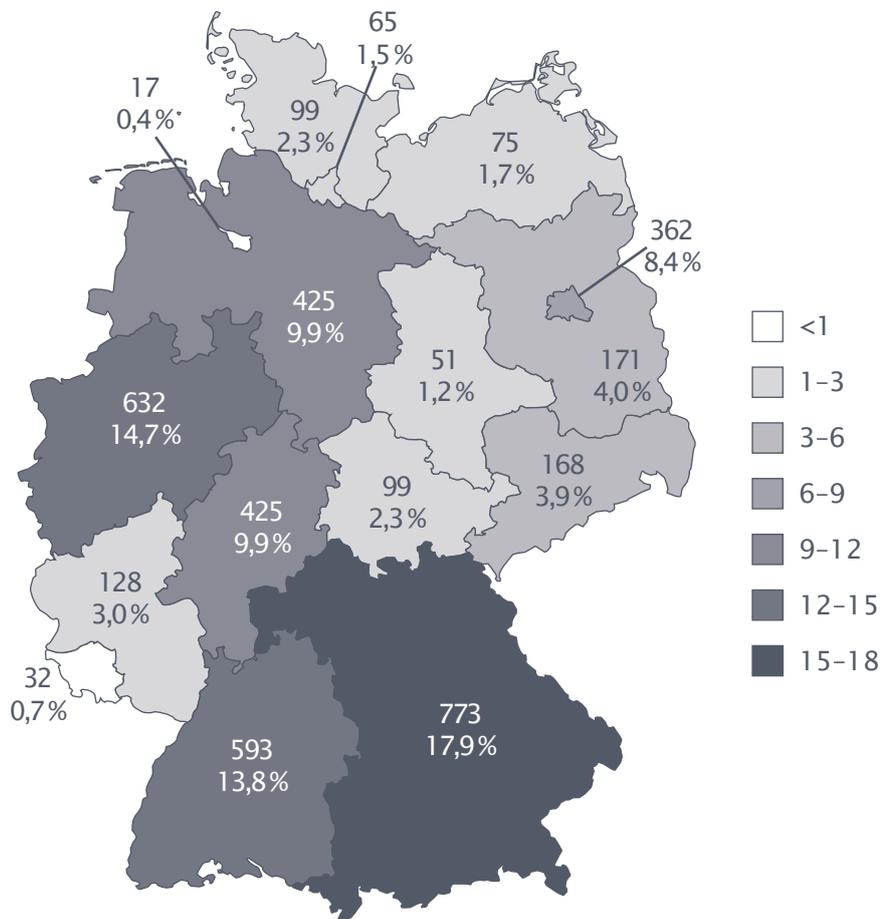
Stakeholder Panel TA



Bezüglich des Alters der Befragten zeigt sich, dass die Altersgruppen der 45- bis 55-Jährigen und der 56- bis 65-Jährigen dominieren. Diese beiden Gruppen machen insgesamt knapp die Hälfte der Befragten aus. Die geografische Verteilung zeigt, dass sich Stakeholder aus allen Teilen Deutschlands an der Befragung beteiligt haben, wobei die einwohnerstarken Bundesländer Bayern (17,9%), Nordrhein-Westfalen (14,7%) und Baden-Württemberg (13,8%) den größten Anteil stellen (Abb. II.2).

ABB. II.2

GEOGRAFISCHE VERTEILUNG DER BEFRAGTEN



Angabe der ersten drei Ziffern der Postleitzahl

Stakeholder Panel TA (n = 4.309)

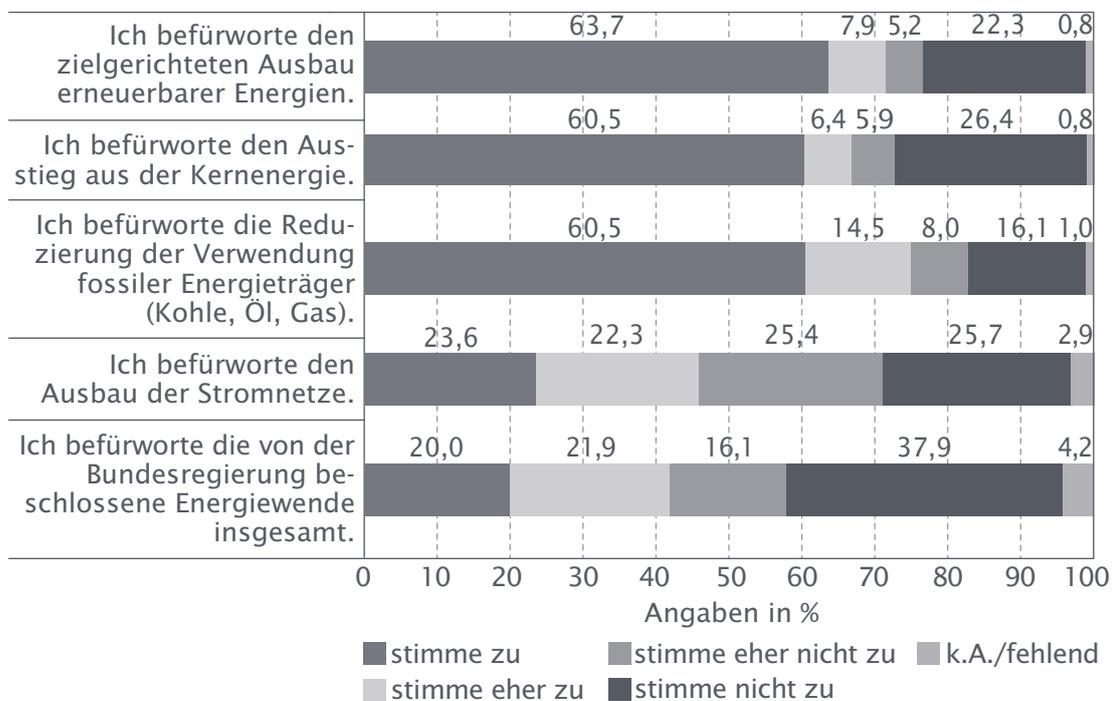


EINSTELLUNGEN ZUR ENERGIEWENDE UND ZUM AUSBAU DER STROMNETZE

2.

In der Befragung wurden die Einstellungen der Teilnehmenden zur Energiewende und zum Ausbau der Stromnetze erhoben sowie Fragen zu möglichen gesellschaftlichen Konsens- und Dissenslinien gestellt. Die Auswertungen zeigen, dass ein großer Anteil der Befragten die zentralen Ziele der Energiewende befürwortet (Abb. II.3): Insgesamt stimmen 72% der Befragten dem zielgerichteten Ausbau erneuerbarer Energien zu oder eher zu, beim Ausstieg aus der Kernenergie beträgt der Anteil der Befürworter ca. 67%, und bei der Reduzierung der Verwendung fossiler Energieträger sind es 75%. Deutlich wird jedoch auch: Mit der Zustimmung zu den zentralen Zielen der Energiewende muss keine Zustimmung zum Ausbau der Stromnetze bzw. zur von der Bundesregierung beschlossenen Energiewende insgesamt einhergehen. Hier stimmt nur eine Minderheit der Befragten zu oder eher zu. Etwa 46% befürworten den Ausbau der Stromnetze. Die Beurteilung der von der Bundesregierung beschlossenen Energiewende insgesamt fällt ebenfalls überwiegend kritisch aus. Nur 42% der Befragten stimmen der folgenden Aussage zu oder eher zu: »Ich befürworte die von der Bundesregierung beschlossene Energiewende insgesamt«.

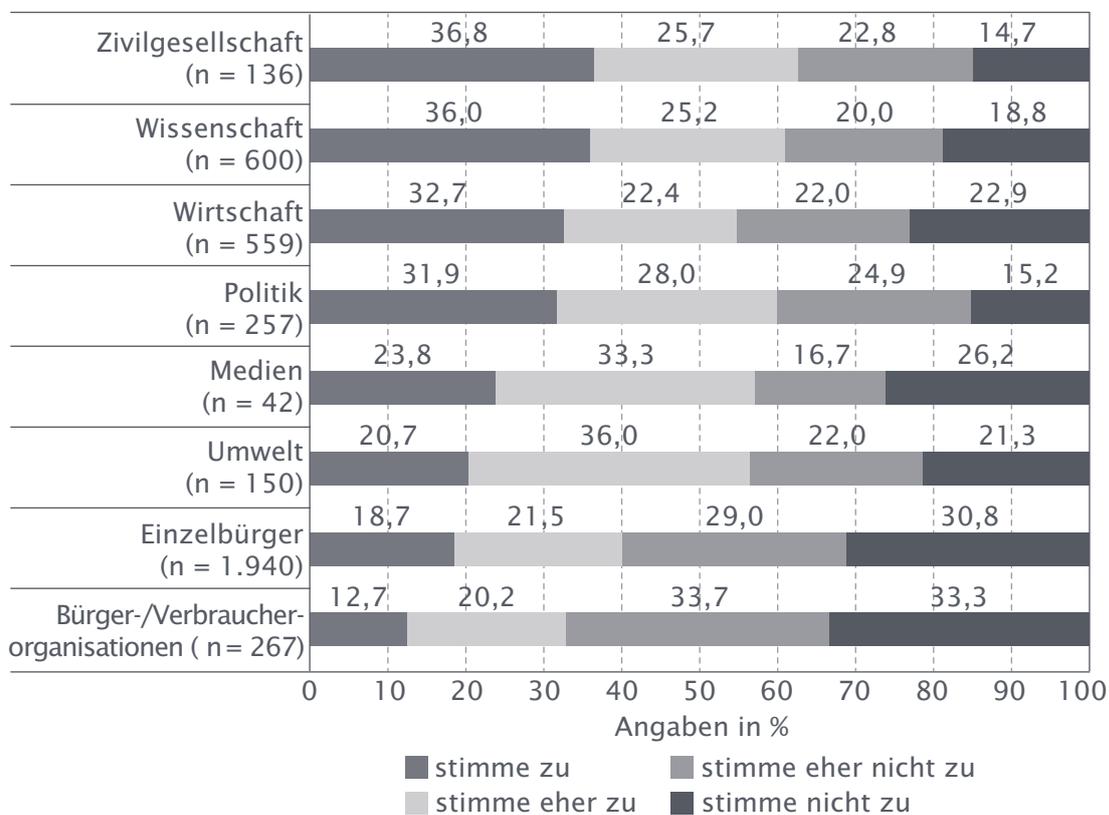
ABB. II.3 EINSTELLUNGEN ZUR ENERGIEWENDE



Stakeholder Panel TA (n = 4.309)

Nimmt man die Antworten in den unterschiedlichen Stakeholdergruppen in den Blick, so zeigt sich, dass in allen Gruppen eine hohe Zustimmung zu den zentralen Zielen der Energiewende geäußert wird. Die Zustimmungswerte zum Ausbau der erneuerbaren Energien sowie zur Reduzierung fossiler Energieträger liegen in allen Gruppen bei über 70% (stimme zu oder eher zu). Der Ausstieg aus der Kernenergie wird am stärksten von Zivilgesellschaft und Umwelt befürwortet (86% beziehungsweise 84,4% stimmen zu oder eher zu), im Vergleich am geringsten aber immer noch auf hohem Niveau ist hier die Zustimmung der Medien (65,2%) und der Wissenschaft (64,3%).

ABB. II.4 ZUSTIMMUNG DER STAKEHOLDER ZUM AUSBAU DER STROMNETZTE



Aussage: »Ich befürworte den Ausbau der Stromnetze.«
 Aus statistischen Gründen wurden die Kategorien »keine Angabe« und »sonstige« in den Auswertungen nach Stakeholdergruppen nicht mit berücksichtigt.
 Fehlend n = 358; Signifikanzniveau: < 0,001; Cramers V = 0,133
 Stakeholder Panel TA (n = 4.309)

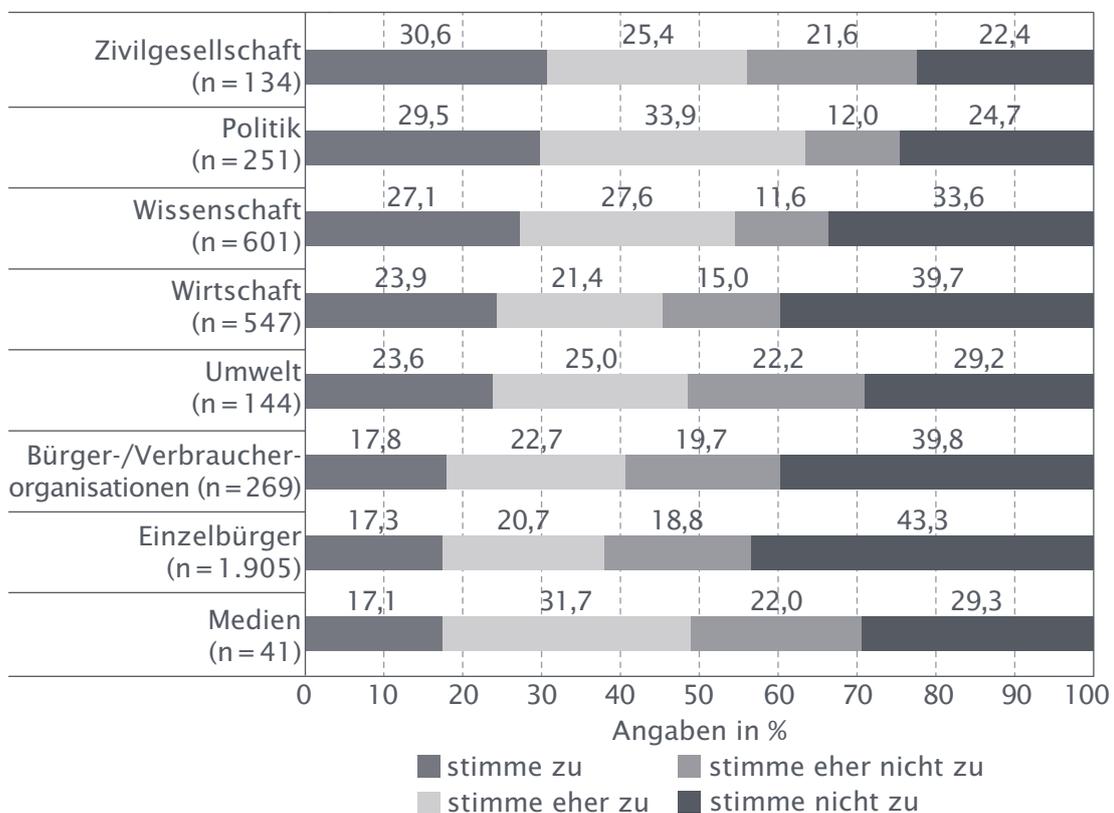
Hinsichtlich des Ausbaus der Stromnetze unterschieden sich die Antworten der verschiedenen Stakeholdergruppen erheblich: Am höchsten fällt die Zustimmung in der Gruppe Zivilgesellschaft aus (ca. 62% stimmen zu oder eher zu),



während Bürger- und Verbraucherorganisationen mit ca. 33% die geringsten Werte aufweisen (Abb. II.4). Auch von den befragten Einzelbürgern befürwortet nur ein geringer Anteil von 40% den Ausbau der Stromnetze.

Bei der Beurteilung der von der Bundesregierung beschlossenen Energiewende insgesamt ist ebenfalls eine deutliche Diskrepanz zwischen den Stakeholdergruppen festzustellen: Die Spanne reicht von ca. 40% Zustimmung bei den Bürger- und Verbraucherorganisationen bis zu 63,4% bei der Politik. Die Einzelbürger äußern sich hinsichtlich der Energiewende der Bundesregierung überwiegend kritisch: Der Zustimmungswert liegt hier lediglich bei 38%.

ABB. II.5 ZUSTIMMUNG DER STAKEHOLDER ZUR ENERGIEWENDE INSGESAMT



Aussage: »Ich befürworte die von der Bundesregierung beschlossene Energiewende insgesamt.«

Aus statistischen Gründen wurden die Kategorien »keine Angabe« und »sonstige« in den Auswertungen nach Stakeholdergruppen nicht mit berücksichtigt.

Fehlend n = 417; Signifikanzniveau: < 0,001; Cramers V = 0,106

Stakeholder Panel TA (n = 4.309)

Dabei korreliert die Ablehnung des Netzausbaus mit einer kritischen Haltung gegenüber der Energiewende insgesamt: Ein Großteil derjenigen, die den Netz-



ausbau ablehnen (74,5%), stimmt auch der von der Bundesregierung beschlossenen Energiewende insgesamt nicht zu.² Eine genauere Betrachtung unter Berücksichtigung der in den offenen Fragen abgegebenen Kommentare ergibt, dass sich drei verschiedene Gruppen von Kritikern identifizieren lassen:

- › erstens diejenigen, die die Energiewende ablehnen und eine Rückkehr zum konventionellen, fossilen Energieversorgungssystem fordern;
- › zweitens die Gruppe derjenigen, die die Energiewende prinzipiell befürworten, denen die von der Bundesregierung beschlossenen Ziele und Maßnahmen aber nicht weit genug gehen;
- › drittens diejenigen, die einzelne Maßnahmen oder Aspekte der Umsetzung (z. B. Reform des EEG) kritisieren.

KONSENS- UND DISSENSLINIEN BEI ENERGIEWENDE UND AUSBAU DER STROMNETZE

3.

Ziel der Befragung war es weiterhin, Einschätzungen zu möglichen gesellschaftlichen Konflikten im Rahmen der Energiewende sowie insbesondere im Kontext des Netzausbaus zu gewinnen, die sich oft auf die Bedeutung des Netzausbaus im Vergleich beispielsweise zum Erhalt der Artenvielfalt, des landschaftlichen Erholungswertes oder des Werterhalts von Grundstücken konzentrieren. Die Ergebnisse der vorliegenden Befragung bestätigen, dass Abwägungen zwischen diesen gesellschaftlichen Zielen beim Netzausbau relevante Konfliktfelder darstellen (Abb. II.6). Insbesondere bei den ersten beiden Aspekten (Artenschutz und landschaftlicher Erholungswert) weisen die Antwortwerte darauf hin, dass hier von allen Stakeholdergruppen bedeutende Zielkonflikte gesehen werden.

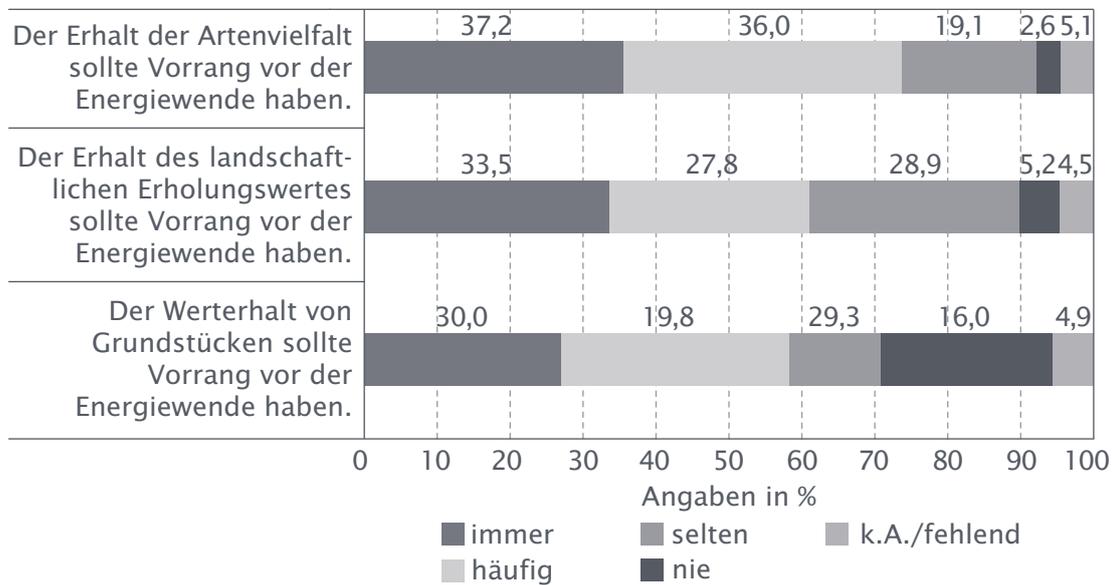
Auch bei dieser Frage zeigt sich eine deutliche Spreizung im Antwortverhalten der verschiedenen Stakeholdergruppen, insbesondere bei den letzten beiden Items. In fast allen Stakeholdergruppen (mit Ausnahme der Zivilgesellschaft) sind über die Hälfte der Befragten der Ansicht, dass der Erhalt des landschaftlichen Erholungswertes immer oder häufig Vorrang vor der Energiewende haben sollte (Abb. II.7). Besonders hoch ist der Anteil in der Gruppe der Bürger-/Verbraucherorganisationen (78,3%) und bei den Einzelbürgern (66,6%). Eine noch größere Diskrepanz im Antwortverhalten der Stakeholder zeigt sich bei der Frage, ob der Werterhalt von Grundstücken Vorrang vor der Energiewende haben sollte. Die Spanne reicht von 27,4% Zustimmung in der Gruppe Zivilgesellschaft bis zu 57,9% bei den Einzelbürgern und 71,4% bei den Bürger-/Verbraucherorganisationen.

² auf einem Niveau von < 0,01 % signifikant; Korrelationskoeffizient (Spearman-Rho) = 0,494



ABB. II.6

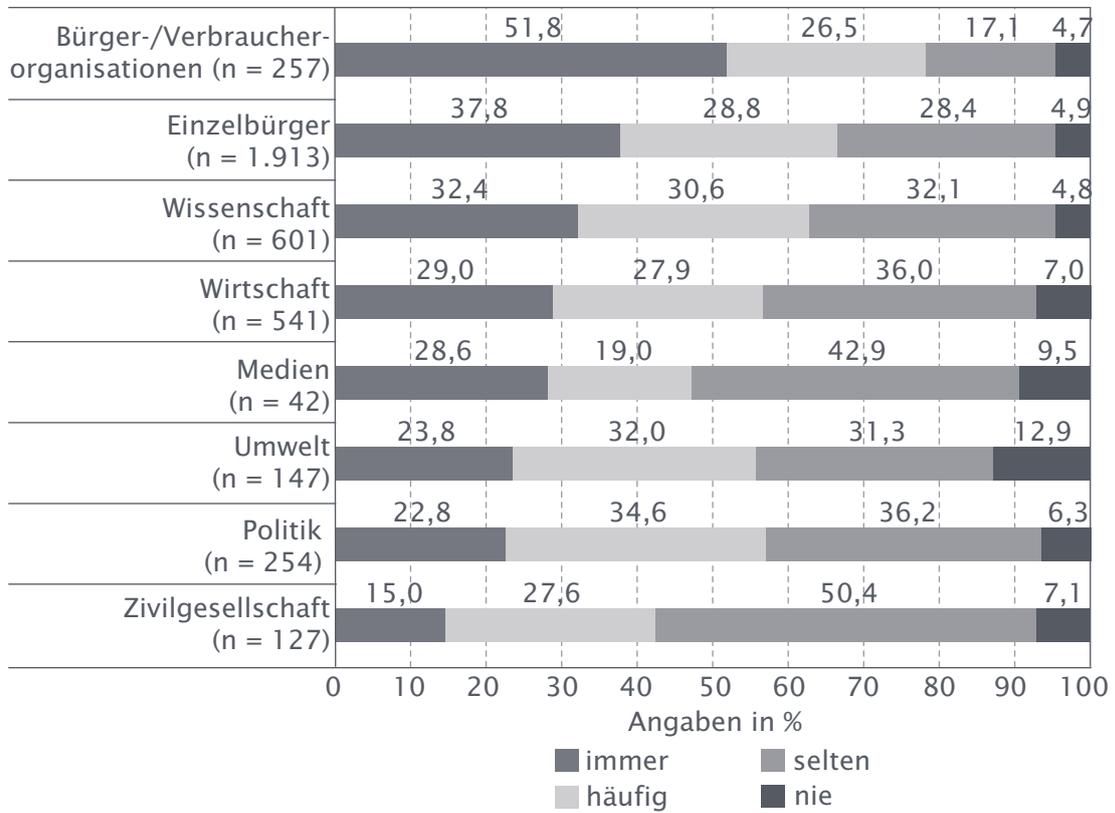
GESELLSCHAFTLICHE KONFLIKTE I



Frage: »Gesellschaftliche Konflikte im Rahmen des Ausbaus der Stromnetze konzentrieren sich oft darauf, ob man der Umsetzung der Energiewende Vorrang vor anderen gesellschaftlichen Zielen gibt. In welchem Maße sollten Ihrer Einschätzung nach Artenvielfalt, landschaftlicher Erholungswert oder der Werterhalt der Grundstücke Vorrang vor der Energiewende haben?«

Stakeholder Panel TA (n = 4.309)

ABB. II.7 EINSCHÄTZUNG DER STAKEHOLDER: ERHALT DES LANDSCHAFTLICHEN ERHOLUNGSWERTES



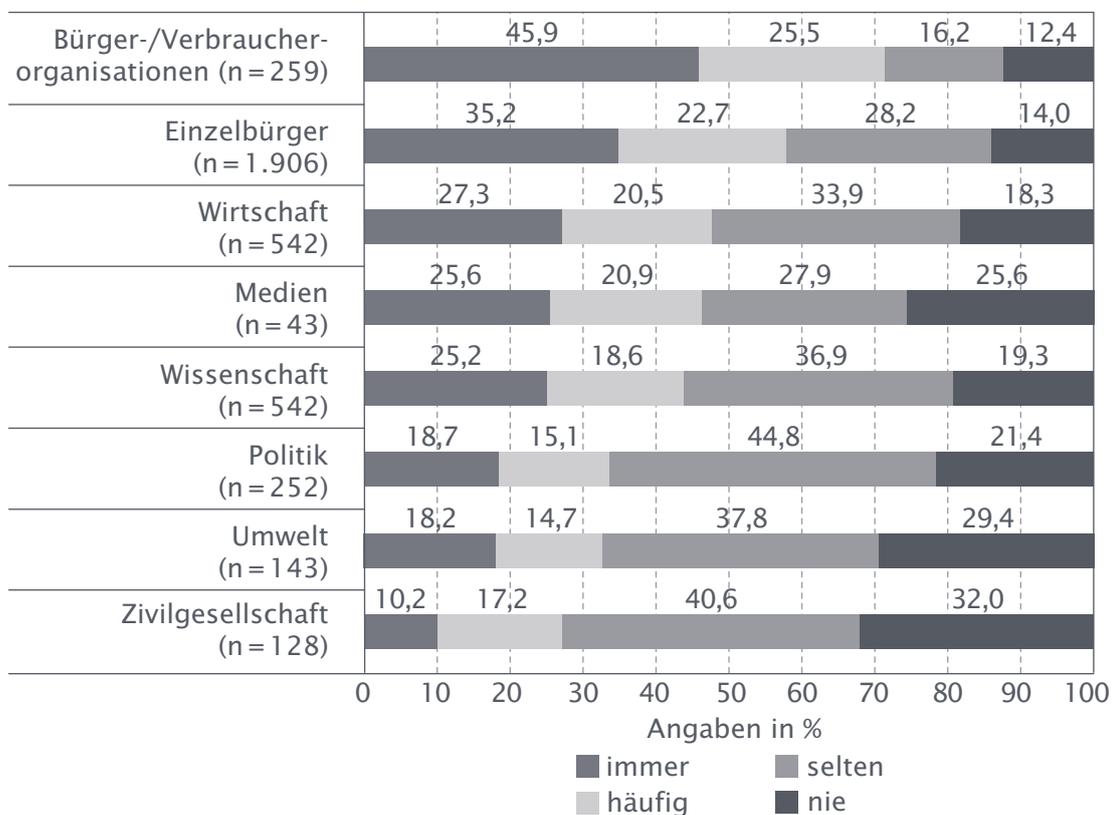
Frage: »In welchem Maße sollte Ihrer Einschätzung nach der Erhalt des landschaftlichen Erholungswertes Vorrang vor der Energiewende haben?«
 Aus statistischen Gründen wurden die Kategorien »keine Angabe« und »sonstige« in den Auswertungen nach Stakeholdergruppen nicht mit berücksichtigt.
 Fehlend n = 427; Signifikanzniveau: < 0,001; Cramers V = 0,107
 Stakeholder Panel TA (n = 4.309)

Die Auswertung der offenen Fragen ergibt aber auch: Viele Stakeholder vertreten die Ansicht, dass der Übergang zu erneuerbaren Energien auch ohne einen umfangreichen Netzausbau erfolgen könne. Sie sehen folglich keinen Widerspruch zwischen der Energiewende und dem Schutz von Arten, Landschaft und Grundstückswerten.



Im Kontext des Netzausbaus rechnet die Mehrheit der Befragten dementsprechend mit gesellschaftlichen Konflikten. Die große Mehrheit (85 %) glaubt, dass es zu erheblichem Widerstand durch von Netzausbauprojekten betroffene Bürger kommen wird (Abb. II.9). Ein weiteres mögliches Konfliktfeld stellt die finanzielle Belastung von Verbrauchern im Zuge der Energiewende dar. Knapp zwei Drittel der Befragten halten die Kritik für berechtigt, die Energiewende gehe durch steigende Strompreise zu sehr zulasten der Verbraucher. Dagegen wird die Kritik, die Energiewende würde durch steigende Strompreise die Wirtschaft zu sehr belasten, von der Mehrheit nicht geteilt.

ABB. II.8 EINSCHÄTZUNG DER STAKEHOLDER: WERTERHALT VON GRUNDSTÜCKEN



Frage: »In welchem Maße sollte Ihrer Einschätzung nach der Werterhalt von Grundstücken Vorrang vor der Energiewende haben?«

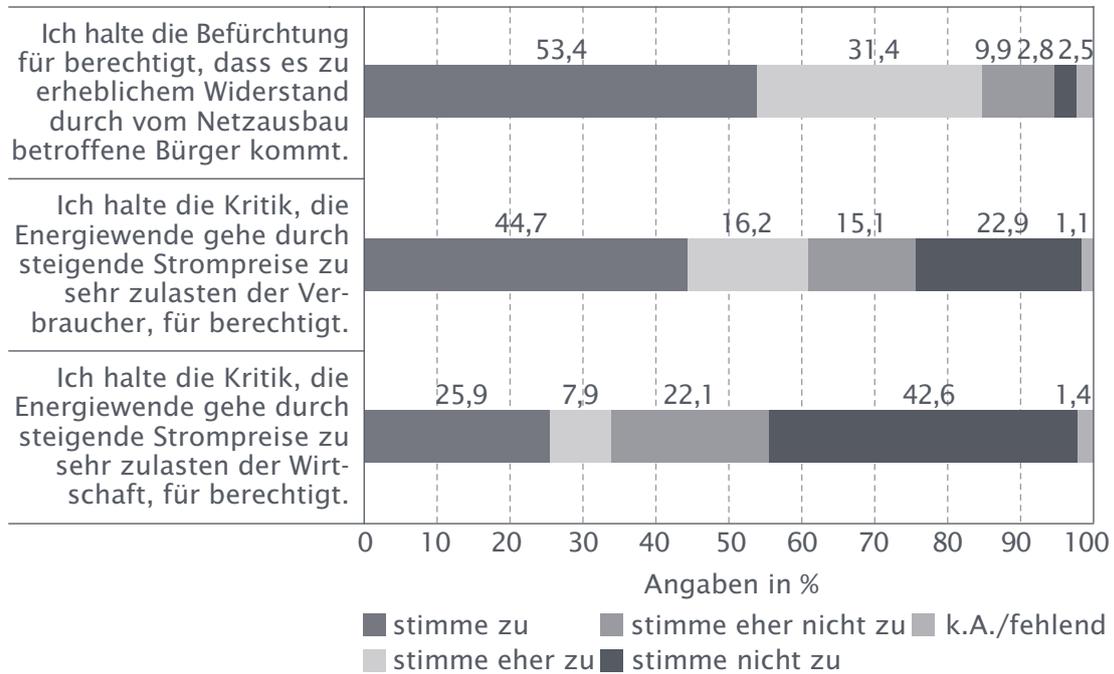
Aus statistischen Gründen wurden die Kategorien »keine Angabe« und »sonstige« in den Auswertungen nach Stakeholdergruppen nicht mit berücksichtigt.

Fehlend n = 440; Signifikanzniveau: < 0,001; Cramers V = 0,129

Stakeholder Panel TA (n = 4.309)

ABB. II.9

GESELLSCHAFTLICHE KONFLIKTE II



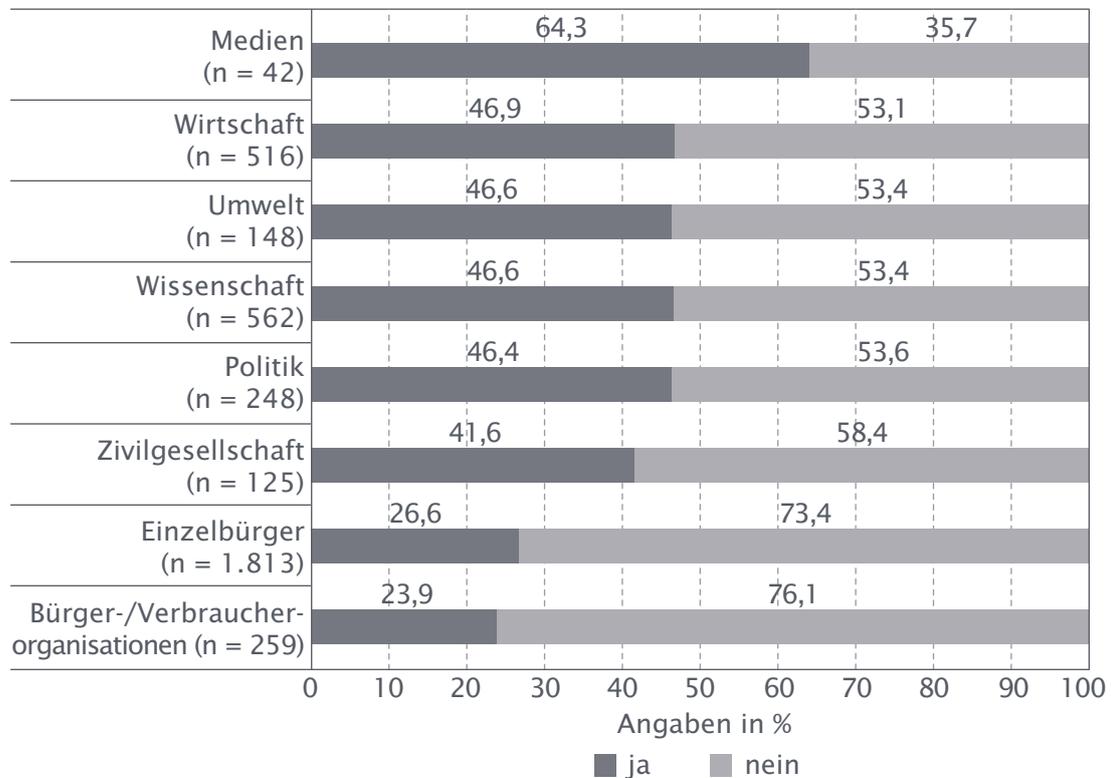
Stakeholder Panel TA (n = 4.309)

INFORMATIONSBEDARF, BETEILIGUNGSFORMEN UND -INSTRUMENTE BEIM AUSBAU DER STROMNETZE

4.

In der bisherigen Forschung wird dem Informationsstand der Beurteilenden eine hohe Bedeutung für die Bewertung der Energiewende und des Netzausbaus zugesprochen (u.a. Deutsche Umwelthilfe 2013; Innovationsforum Energiewende 2014). Es wird davon ausgegangen, dass Bürger, die sich gut informiert fühlen, die Energiewende eher befürworten als diejenigen mit einem vergleichsweise niedrigen Informationsniveau. Um ermitteln zu können, ob dies auch für die befragten Stakeholder zutrifft, wurde in der Befragung zunächst erhoben, ob sich die Teilnehmenden bezüglich des Netzausbaus gut oder schlecht informiert fühlen (Abb. II.10). Nur ein Drittel der Befragten bezeichnet sich als gut informiert. Die Mehrheit dagegen gibt an, nicht ausreichend informiert zu sein. Dabei sind deutliche Unterschiede zwischen den Stakeholdergruppen festzustellen. Am höchsten ist die Zufriedenheit mit dem Informationsstand bei den Vertretern der Medien (64,3%), deutlich am niedrigsten bei Bürger- und Verbraucherorganisationen (23,9%). Auch von den befragten Einzelbürgern bezeichnet sich lediglich etwa jeder Vierte als gut informiert.

ABB. II.10 INFORMIERTHEIT DER STAKEHOLDER ZUM AUSBAU DER STROMNETZE



Aussage: »Bezüglich des Themas ›Ausbau der Stromnetze‹ fühle ich mich gut informiert.«

Aus statistischen Gründen wurden die Kategorien »keine Angabe« und »sonstige« in den Auswertungen nach Stakeholdergruppen nicht mit berücksichtigt.

Fehlend n = 596; Signifikanzniveau: < 0,001; Cramers V = 0,217

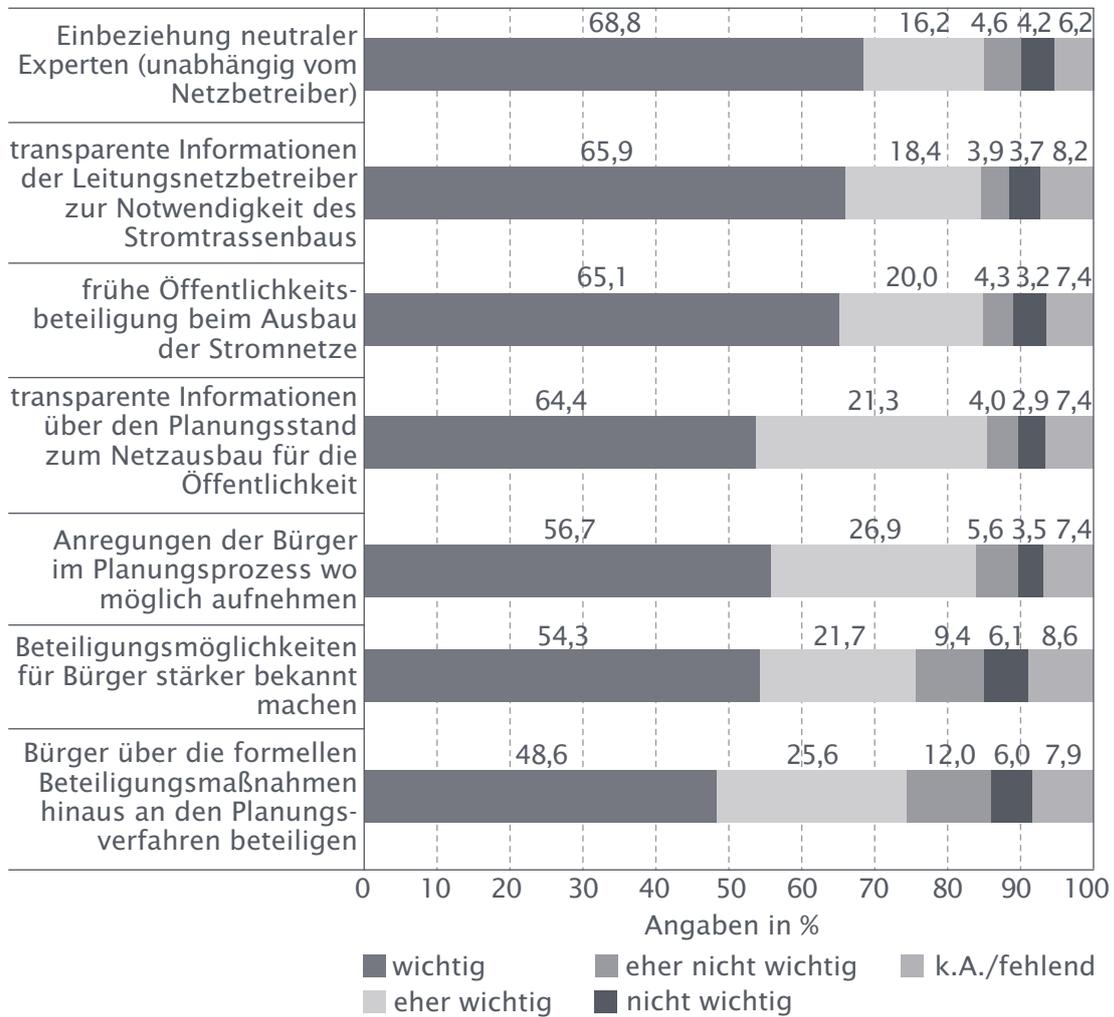
Stakeholder Panel TA (n = 4.309)

Der Wunsch nach mehr bzw. besseren Informationen wurde in allen Stakeholdergruppen deutlich. Die Ergebnisse zeigen weiterhin, dass ein Zusammenhang zwischen der Einschätzung zur Informiertheit und einer positiven Einstellung zum Ausbau der Stromnetze besteht: Gut informierte Personen stimmen demnach mit 57% dem Netzausbau eher zu als diejenigen, die sich nicht gut informiert fühlen (der Zustimmungswert liegt hier bei ca. 43%), wobei die Korrelation statistisch allerdings nur schwach ausgeprägt ist.³ Auffällig ist auch, dass diejenigen, die sich gut informiert fühlen, mit 26% doppelt so häufig der Ansicht sind, der Ausbau der Stromtrassen sei eine wichtige Maßnahme für die Umsetzung der Energiewende, wie diejenigen, die sich schlecht informiert fühlen (ca. 12% sind dieser Ansicht).⁴

3 auf einem Niveau von < 0,01 % signifikant; Korrelationskoeffizient (Spearman-Rho) = 0,137

4 auf einem Niveau von < 0,01 % signifikant; Korrelationskoeffizient (Spearman-Rho) = 0,175

ABB. II.11 BETEILIGUNGSMÖGLICHKEITEN BEIM AUSBAU DER STROMNETZE



Frage: »Welche Formen und Instrumente der Beteiligung halten Sie für wichtig?«
 Stakeholder Panel TA (n = 4.309)

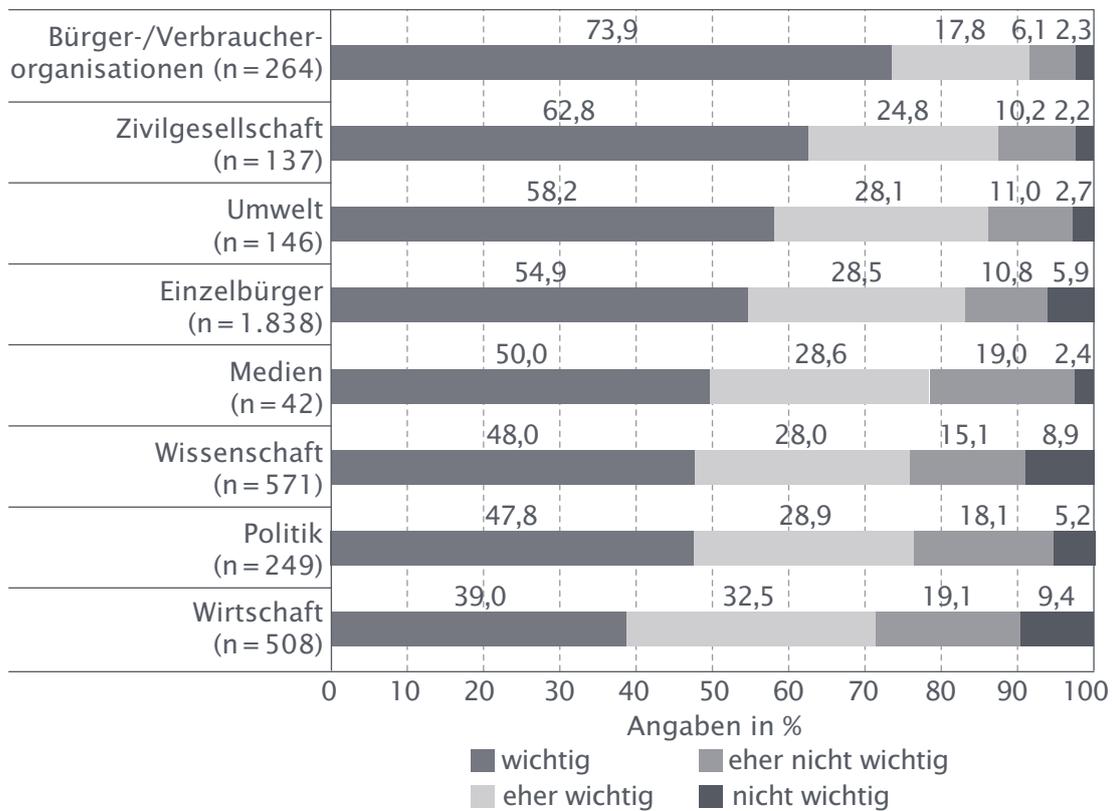
Neben der Bereitstellung besserer Informationen für die Öffentlichkeit sprechen sich die Befragten für eine stärkere Bürgerbeteiligung beim Netzausbau aus (Abb. II.11). Die folgenden Maßnahmen werden in allen Stakeholdergruppen von mindestens zwei Dritteln als wichtig oder eher wichtig gewertet:

- › Bereitstellung transparenter Informationen zur Notwendigkeit des Netzausbaus sowie zum Planungsstand beim Netzausbau;
- › Einbeziehung neutraler Experten (unabhängig vom Netzbetreiber);
- › konkrete Beteiligung von Bürgern sowohl im Rahmen formaler Beteiligungsmaßnahmen im Planungsprozess als auch durch darüber hinausgehende Maßnahmen.



Alle Stakeholdergruppen sind sich über die Bedeutung der genannten Beteiligungsmaßnahmen einig: Eine große Mehrheit (jeweils mindestens 70% in allen Gruppen) erachten sie als wichtig oder sehr wichtig. Die folgenden Abbildungen zeigen jene beiden Items mit den größten Abweichungen zwischen den Stakeholdergruppen (Abb. II.12 u. II.13).

ABB. II.12 BÜRGER ÜBER DIE FORMELLEN BETEILIGUNGSMASSNAHMEN HINAUS AN DEN PLANUNGSVERFAHREN BETEILIGEN



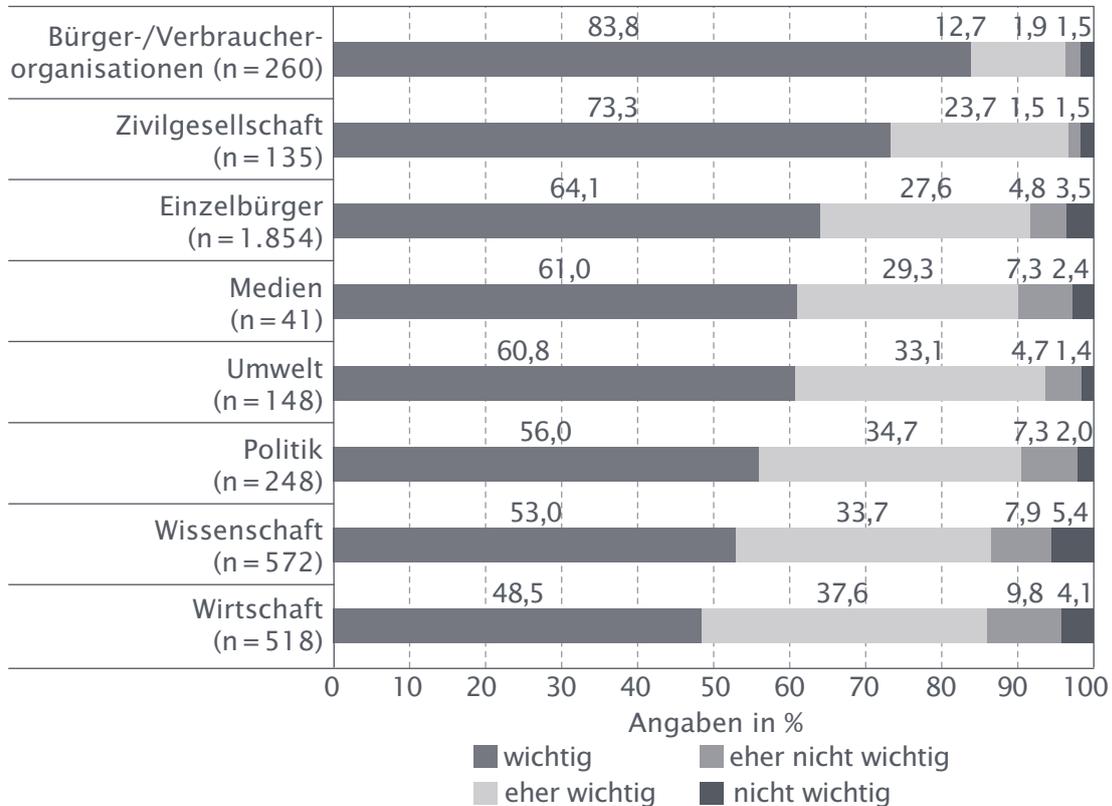
Aussage: »Bürger über die formellen Beteiligungsmaßnahmen hinaus an den Planungsverfahren beteiligen«

Aus statistischen Gründen wurden die Kategorien »keine Angabe« und »sonstige« in den Auswertungen nach Stakeholdergruppen nicht mit berücksichtigt.

Fehlend n = 554; Signifikanzniveau: < 0,001; Cramers V = 0,109

Stakeholder Panel TA (n = 4.309)

ABB. II.13 ANREGUNGEN DER BÜRGER IM PLANUNGSPROZESS WO MÖGLICH AUFNEHMEN



Aussage: »Anregungen der Bürger im Planungsprozess wo möglich aufnehmen«
Aus statistischen Gründen wurden die Kategorien »keine Angabe« und »sonstige« in den Auswertungen nach Stakeholdergruppen nicht mit berücksichtigt.
Fehlend n = 533; Signifikanzniveau: < 0,001; Cramers V = 0,113
Stakeholder Panel TA (n = 4.309)

TECHNOLOGIEN UND MASSNAHMEN ZUR UMSETZUNG DER ENERGIEWENDE

5.

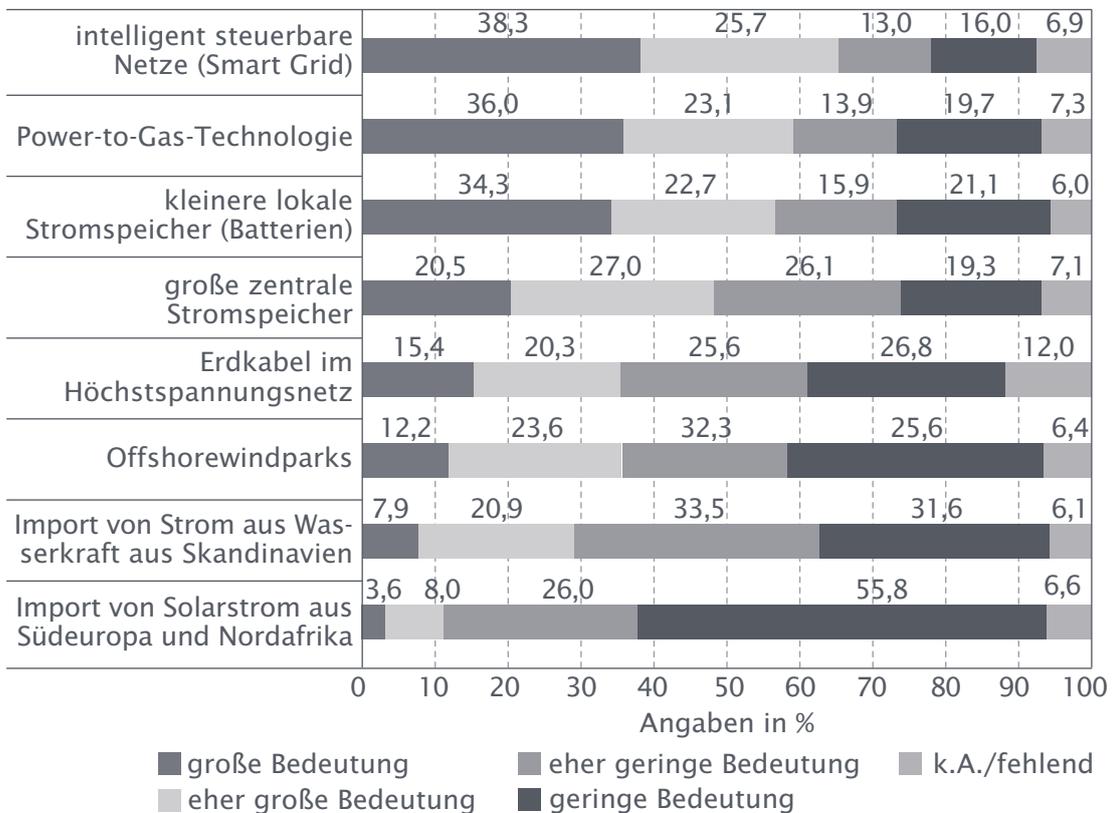
In der ersten Onlinebefragung im Rahmen des Stakeholder Panel TA wurden auch Fragen zu ausgewählten Maßnahmen und Technologien für die Umsetzung der Energiewende gestellt. Die Auswertung zeigt, dass vor allem Speichertechnologien, die intelligente Vernetzung (Smart Grid) und dezentrale Lösungen von einem Großteil der Befragten positiv gesehen und bewertet werden.

Eine große oder eher große Bedeutung für die Umsetzung der Energiewende haben aus Sicht der Befragten demnach die folgenden Innovationen und Technologien (Abb. II.14):



- > intelligente Steuerung von Stromerzeugung und Verbrauch zur bestmöglichen Auslastung der bestehenden Netze (Smart Grid);
- > Power-to-Gas-Technologie (Umwandlung von Strom aus erneuerbaren Energien in Wasserstoff bzw. Methan);
- > kleinere lokale Stromspeicher (Batterien);
- > große zentrale Stromspeicher (Pump- und Druckluftspeicher).

ABB. II.14 BEWERTUNG VON INNOVATIVEN PROJEKTEN UND TECHNOLOGIEN



Aussage: »Bitte markieren Sie zu jeder genannten Innovation, welche Bedeutung sie aus Ihrer Sicht für die Energiewende hat.«

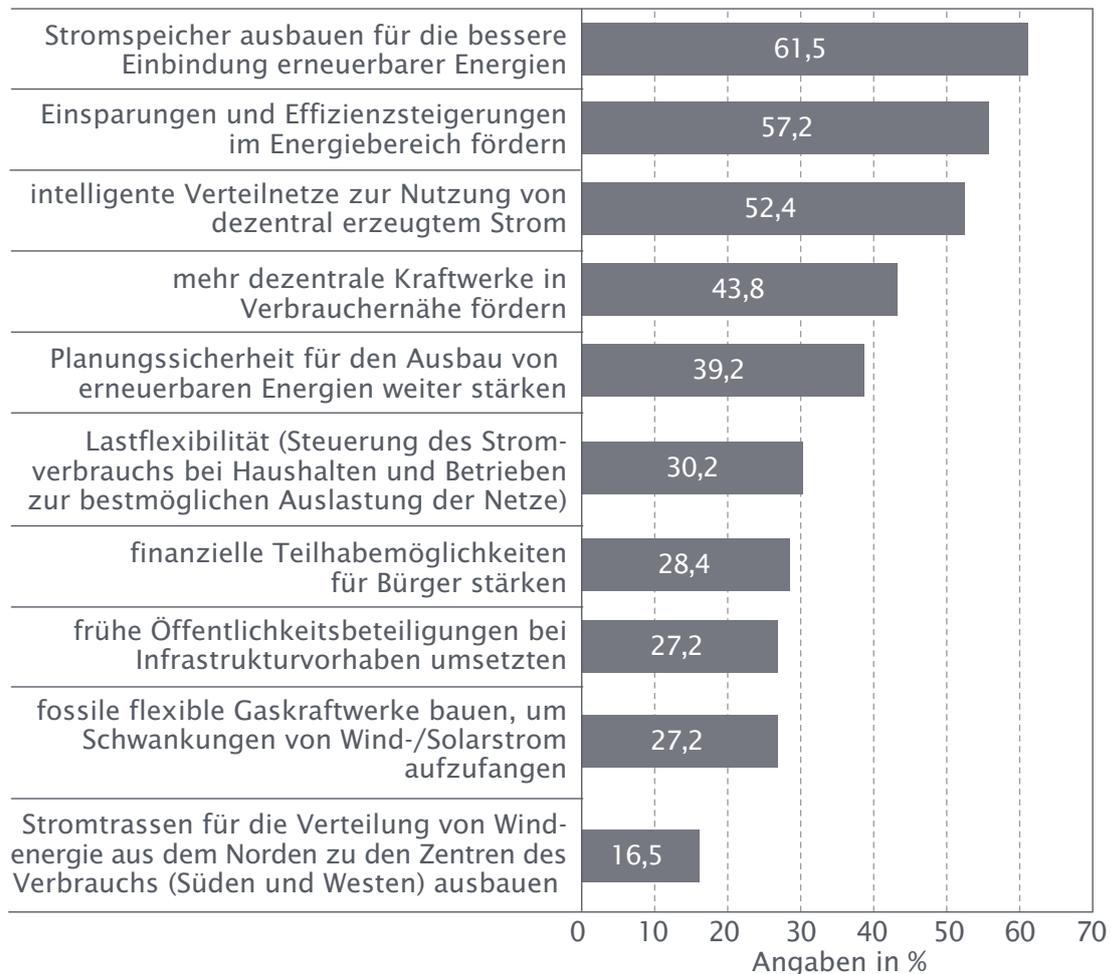
Stakeholder Panel TA (n = 4.309)

Was die Rangfolge der als wichtig erachteten Technologien und Projekte betrifft, unterscheiden sich die Antworten der unterschiedlichen Stakeholdergruppen nur wenig. Intelligente Vernetzung und Power-to-Gas-Technologie werden dabei von der Zivilgesellschaft und den Bürger- und Verbraucherorganisationen etwas stärker hervorgehoben, die Bedeutung kleiner lokaler Speicher wird von Umweltgruppen und Zivilgesellschaft etwas stärker betont, während die Bedeutung großer zentraler Speicher vor allem von Politik und Wissenschaft herausgestellt wird.



Auch bei der Frage nach wichtigen Maßnahmen für die Energiewende (Abb. II.15) stehen Speichertechnologien und intelligente Verteilnetze an erster Stelle, gemeinsam mit den Maßnahmen »Einsparungen und Effizienzsteigerungen im Energiebereich fördern« sowie »Mehr dezentrale Kraftwerke in Verbrauchernähe fördern«. Am wenigsten Bedeutung für die Umsetzung der Energiewende hat nach Ansicht der Mehrheit der Befragten der Ausbau der Stromtrassen. Das Item »Stromtrassen für die Verteilung von Windenergie aus dem Norden zu den Zentren des Verbrauchs (Süden und Westen) ausbauen« erhält dementsprechend den letzten Platz in der Rangfolge der wichtigen Maßnahmen.

ABB. II.15 WICHTIGE MASSNAHMEN FÜR DIE ENERGIEWENDE



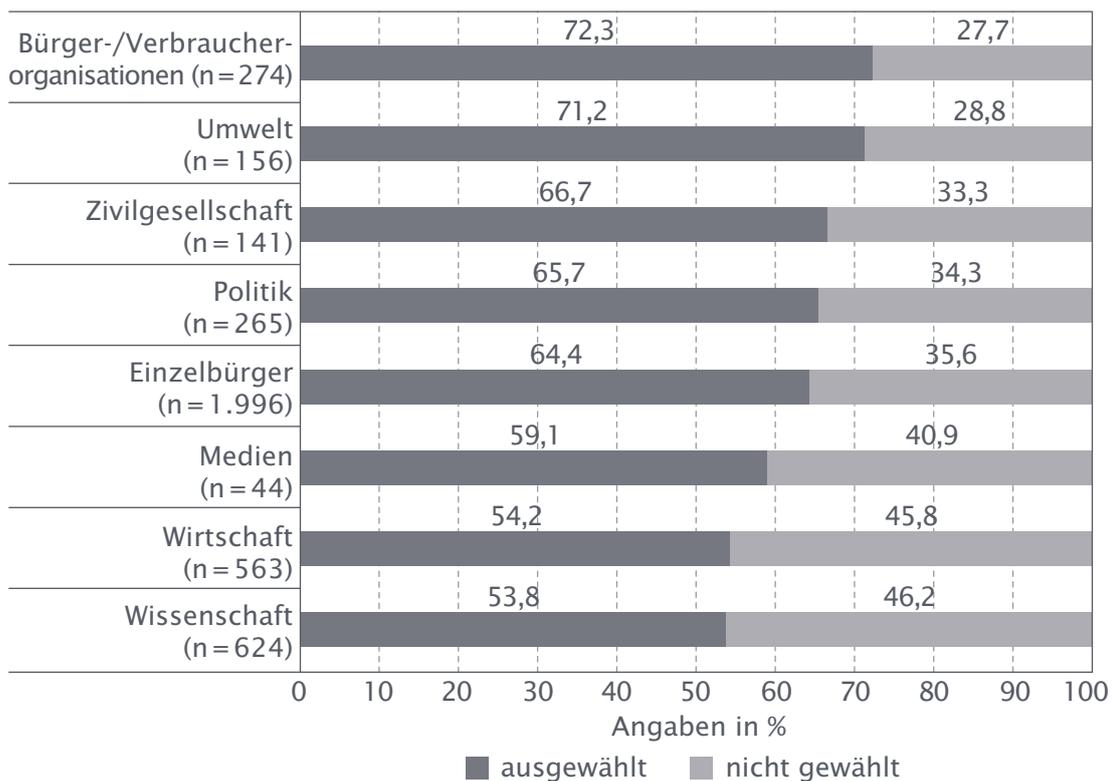
Frage: »Welches sind aus Ihrer Sicht die fünf wichtigsten Maßnahmen für den Erfolg der Energiewende in den kommenden zehn Jahren? Bitte kreuzen Sie bis zu fünf Maßnahmen an.«

Stakeholder Panel TA (n = 4.309)



Die Bedeutung des Ausbaus von Stromspeichern wird am stärksten von den Stakeholdergruppen Bürger- und Verbraucherorganisationen sowie Umwelt betont. Die Förderung von Einsparungen und Effizienzsteigerungen gehören insbesondere aus Sicht von Umwelt, Politik und Zivilgesellschaft zu den wichtigsten Maßnahmen für die Energiewende. Der Ausbau der Stromtrassen wird in allen Gruppen nur von einer Minderheit als wichtige Maßnahme für die Energiewende betrachtet. Die höchsten Werte erzielte dieses Item in den Gruppen Wirtschaft (26,5%) und Wissenschaft (24,8%), die niedrigsten in den Gruppen Einzelbürger (12,2%) und Bürger- und Verbraucherorganisationen (5,5%) (Abb. II.18).

ABB. II.16 STROMSPEICHER AUSBAUEN FÜR DIE BESSERE EINBINDUNG ERNEUERBARER ENERGIEN



Aussage: »Wichtige Maßnahmen für die Energiewende: Stromspeicher ausbauen für die bessere Einbindung erneuerbarer Energien«

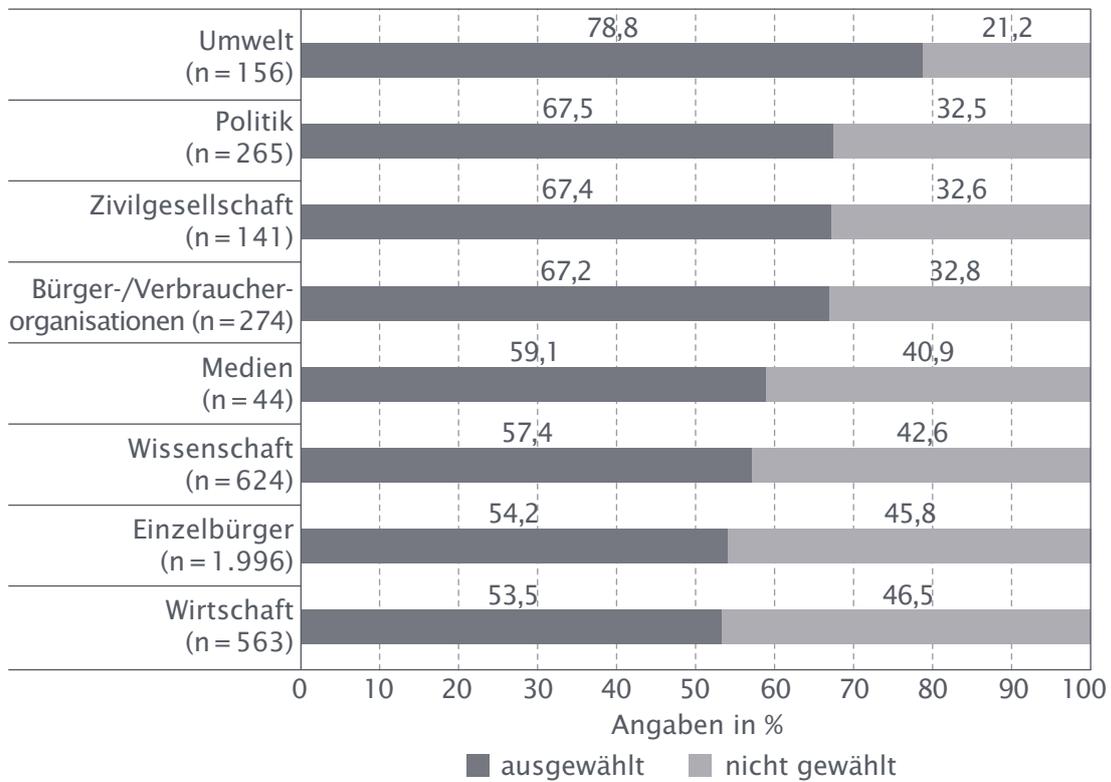
Aus statistischen Gründen wurden die Kategorien »keine Angabe« und »sonstige« in den Auswertungen nach Stakeholdergruppen nicht mit berücksichtigt.

Fehlend n = 246; Signifikanzniveau: < 0,001; Cramers V = 0,120

Stakeholder Panel TA (n = 4.309)



ABB. II.17 EINSPARUNGEN UND EFFIZIENZSTEIGERUNGEN IM ENERGIEBEREICH FÖRDERN



Aussage: »Wichtige Maßnahmen für die Energiewende: Einsparungen und Effizienzsteigerungen im Energiebereich fördern«

Aus statistischen Gründen wurden die Kategorien »keine Angabe« und »sonstige« in den Auswertungen nach Stakeholdergruppen nicht mit berücksichtigt.

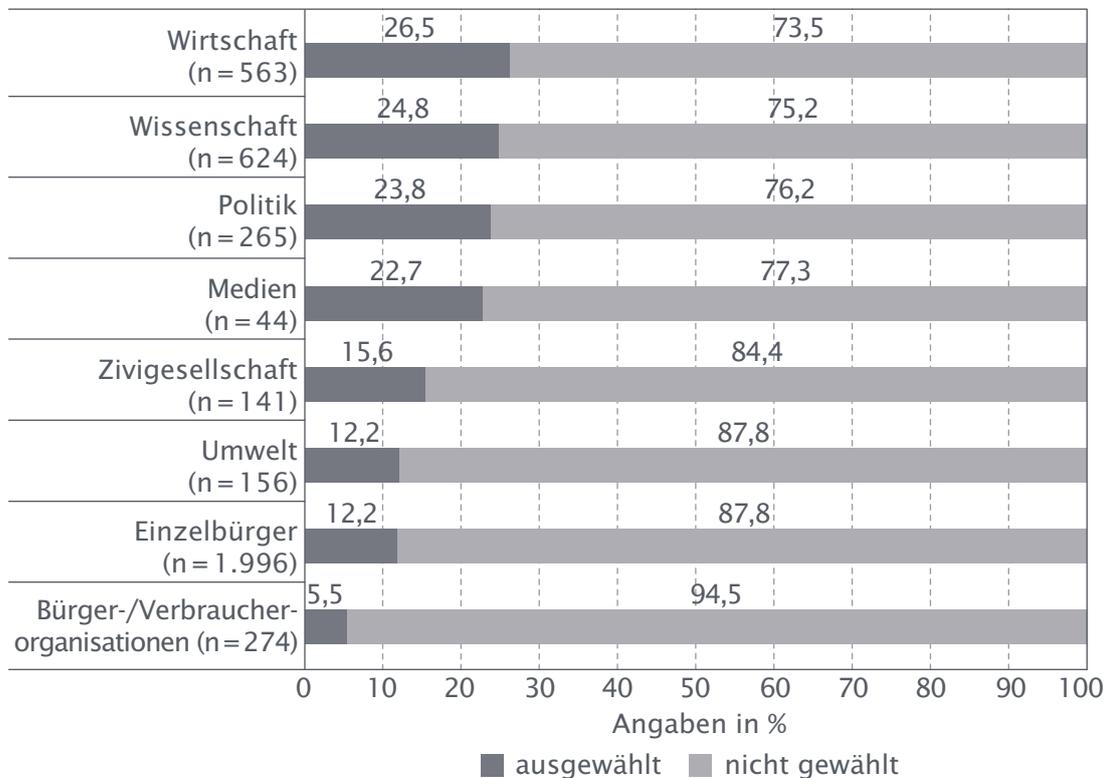
Fehlend n = 246; Signifikanzniveau: < 0,001; Cramers V = 0,130

Stakeholder Panel TA (n = 4.309)

Die Befragten hatten darüber hinaus die Möglichkeit, sonstige aus ihrer Sicht wichtige Maßnahmen in einem offenen Eingabefeld zu nennen. Hier wurde die Bedeutung einer dezentralen Stromversorgung sowie der Weiterentwicklung und des Baus von Stromspeichern von vielen Befragten nochmals hervorgehoben.

ABB. II.18

STROMTRASSEN AUSBAUEN



Aussage: »Wichtige Maßnahmen für die Energiewende: Stromtrassen für die Verteilung von Windenergie aus dem Norden zu den Zentren des Verbrauchs (Süden und Westen) ausbauen«

Aus statistischen Gründen wurden die Kategorien »keine Angabe« und »sonstige« in den Auswertungen nach Stakeholdergruppen nicht mit berücksichtigt. Fehlend n = 246; Signifikanzniveau: < 0,001; Cramers V = 0,183

Stakeholder Panel TA (n = 4.309)

Zusätzlich zu den in Abbildung II.15 genannten Optionen wurden von den Befragten in den offenen Kommentaren folgende zusätzliche Maßnahmen für die Umsetzung der Energiewende genannt:

- > Weiternutzung/Modernisierung der Atomkraft als klimaneutrale Art der Energieversorgung;
- > Stärkung/Intensivierung der Forschung (z. B. Grundlagenforschung, Forschung zu Speichertechnologien, Forschung zu erneuerbaren Energien, Forschung zu Kernkraftwerken der Generation IV);
- > Einsatz steuerlicher Maßnahmen für die Energiewende (z. B. angemessene Besteuerung fossiler Energien).



TAB. II.1 SONSTIGE MASSNAHMEN FÜR DIE ENERGIEWENDE

Code	Beispiele Kommentare	Ergebnis/ Nennungen
Speicher ausbauen	Speichertechnologie weiterentwickeln und umsetzen (dezentral und zentral), verstärkt in Speichertechnologie investieren, »power to gas«/»power to liquid« entwickeln und umsetzen	172
Kernkraft erhalten	Kernkraftwerke erhalten, modernisieren bzw. ausbauen; Forschung und Entwicklung zu Kernkraftwerken der Generation IV	163
Ablehnung Energiewende	Alle Maßnahmen sind überflüssig, da ich die Energiewende ablehne, Energiewende beenden, die Energiewende ist nicht umsetzbar	135
Ausstieg aus fossiler Energie	Ausstieg aus der Nutzung bzw. Reduzierung der Nutzung fossiler Energieträger: Kohle (insbesondere Braunkohle), Öl und Gas	120
Dezentralität/Regionalität	Förderung dezentraler Strukturen, mehr auf Dezentralität/Regionalität bei Stromerzeugung, Nutzung und Speicherung setzen, z. B. regionale KWK, regionale geschlossene Energiekreisläufe, regionale Erzeugung aus Sonne und Wind, virtuelle Kraftwerke, dezentrale Speicher, auf autarke Einheiten setzen	87
EEG abschaffen	Abschaffung des EEG	81
Förderung erneuerbarer Energien	erneuerbare Energien fördern, keine Deckelung des Ausbaus erneuerbarer Energien, EE-Forschung verstärken, EE-Ausbauziel verdoppeln, Gewinnanreize für Solar und Windanlagen, PV-Anlagen auf öffentlichen Gebäuden installieren	78
mehr Forschung	mehr Grundlagenforschung, Erforschung von Speichertechnologien fördern, Forschung u. Entwicklung zu erneuerbaren Energiequellen, Forschung zu Kernkraftwerken der Generation IV	57
steuerliche Maßnahmen	CO ₂ -Steuer, Öko-Steuer, angemessene Besteuerung fossiler Energien	22
EEG erhalten/ Rückkehr zum alten EEG	EEG erhalten, Rückkehr zum alten EEG	8

Stakeholder Panel TA

Des Weiteren wurde die offene Frage an dieser Stelle von einigen Befragten dazu genutzt, ihre Ablehnung der Energiewende insgesamt sowie einzelner Maßnahmen (z. B. EEG) zu betonen. Bei diesen Nennungen ist zu beachten, dass sie nicht die Gesamtstimmungslage der Befragten wiedergeben. Nur knapp 30 % der

Befragten haben überhaupt an dieser Stelle einen Kommentar abgegeben. Daher stellt die hohe Zahl an Beiträgen, die sich für eine Erhaltung der Atomkraft aussprechen oder eine Ablehnung der Energiewende bekunden, ein nichtrepräsentatives Meinungsbild dar.

GESTALTUNGSHINWEISE ZUR FÖRDERUNG DES NETZAUSBAUS

6.

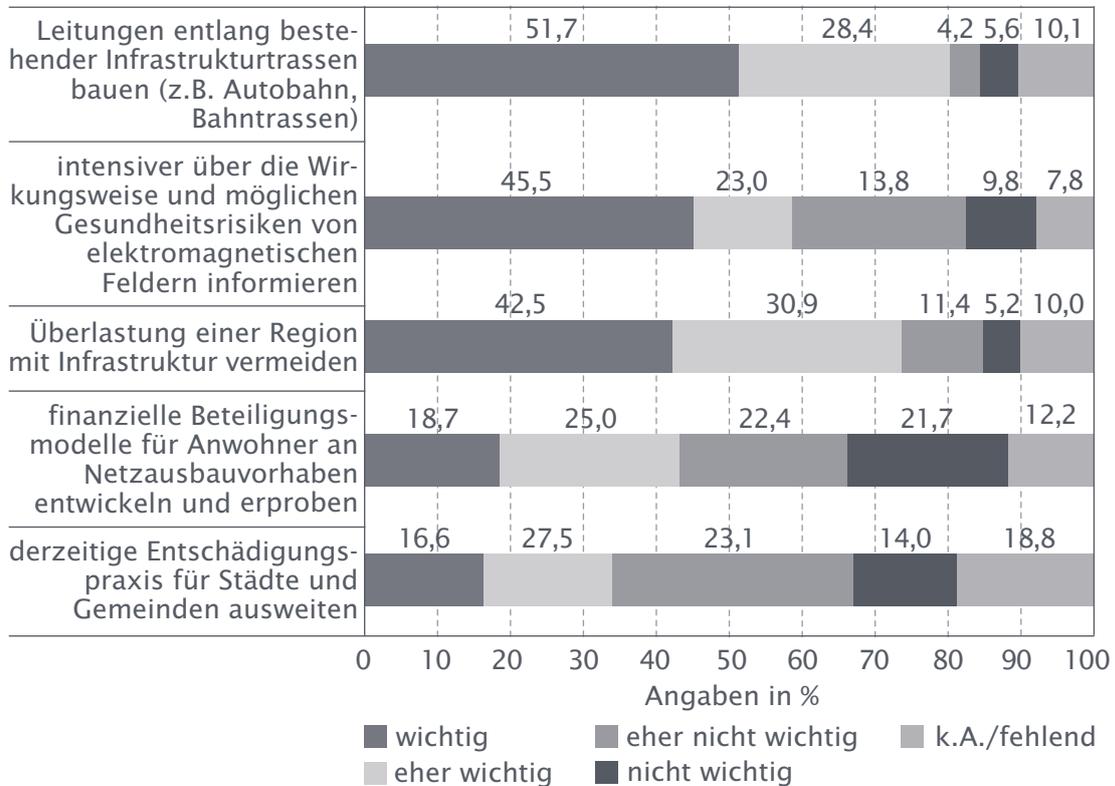
Neben einer transparenten Information der Öffentlichkeit über den Planungsprozess und den Umsetzungsstand sowie der Beteiligung von Bürgern im Planungsprozess können aus den vorliegenden Befragungsergebnissen weitere Hinweise auf Maßnahmen gewonnen werden, die die Akzeptanz zum Netzausbau erhöhen können (Abb. II.19):

- > Leitungen entlang bestehender Infrastrukturtrassen bauen (80,1 % der Befragten halten dies für wichtig oder eher wichtig);
- > Überlastung einer Region mit Infrastruktur vermeiden (73,4% halten dies für wichtig oder eher wichtig);
- > intensiver über die Wirkungsweise und mögliche Gesundheitsrisiken von elektromagnetischen Feldern informieren (68,5% halten dies für wichtig oder eher wichtig).

Gegenüber diesen Aspekten wird finanziellen Maßnahmen ein deutlich geringerer Stellenwert zugeschrieben: Nur etwas weniger als die Hälfte der Befragten ist der Ansicht, dass finanzielle Beteiligungsmodelle für Anwohner und eine Ausweitung der derzeitigen Entschädigungspraxis für Städte und Gemeinden wichtige Maßnahmen darstellen, um die Akzeptanz beim Netzausbau zu erhöhen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist der Einsatz von Erdkabeln. Auch hierin sehen die befragten Stakeholder eine Chance, die Zustimmung zum Netzausbau zu erhöhen. Insgesamt stimmen ca. 58% der Aussage zu oder eher zu, dass vermehrt Erdkabel eingesetzt werden sollten, auch wenn der Strom dadurch teurer wird (Abb. II.20). Des Weiteren ist einem Großteil der Befragten eine stärkere Berücksichtigung von Gesundheitsaspekten beim Netzausbau wichtig. Mehr als 70% der Befragten stimmen der Aussage zu oder eher zu, dass Gesundheitsaspekte in der Abwägung stärker berücksichtigt werden sollten als wirtschaftliche Aspekte. Gleichzeitig wird die Bedeutung des energiepolitischen Hintergrundes für die Bewertung des Stromnetzausbaus deutlich. Der Großteil der Befragten (60%) befürwortet den Netzausbau nur dann, wenn die Energiepolitik konsequent auf den Ausbau der erneuerbaren Energien ausgerichtet wird. Hierzu gibt es in allen Stakeholdergruppen eine deutliche Mehrheit. In allen Gruppen stimmen mindestens 58% der Befragten diesem Punkt zu oder eher zu (Abb. II.23).

ABB. II.19 ERHÖHUNG DER AKZEPTANZ BEIM NETZAUSBAU



Frage: »Im Folgenden sind verschiedene Maßnahmen genannt, die dabei helfen können, die Akzeptanz in der Bevölkerung zum Netzausbau zu erhöhen. Wie wichtig sind Ihrer Meinung nach diese Maßnahmen?«

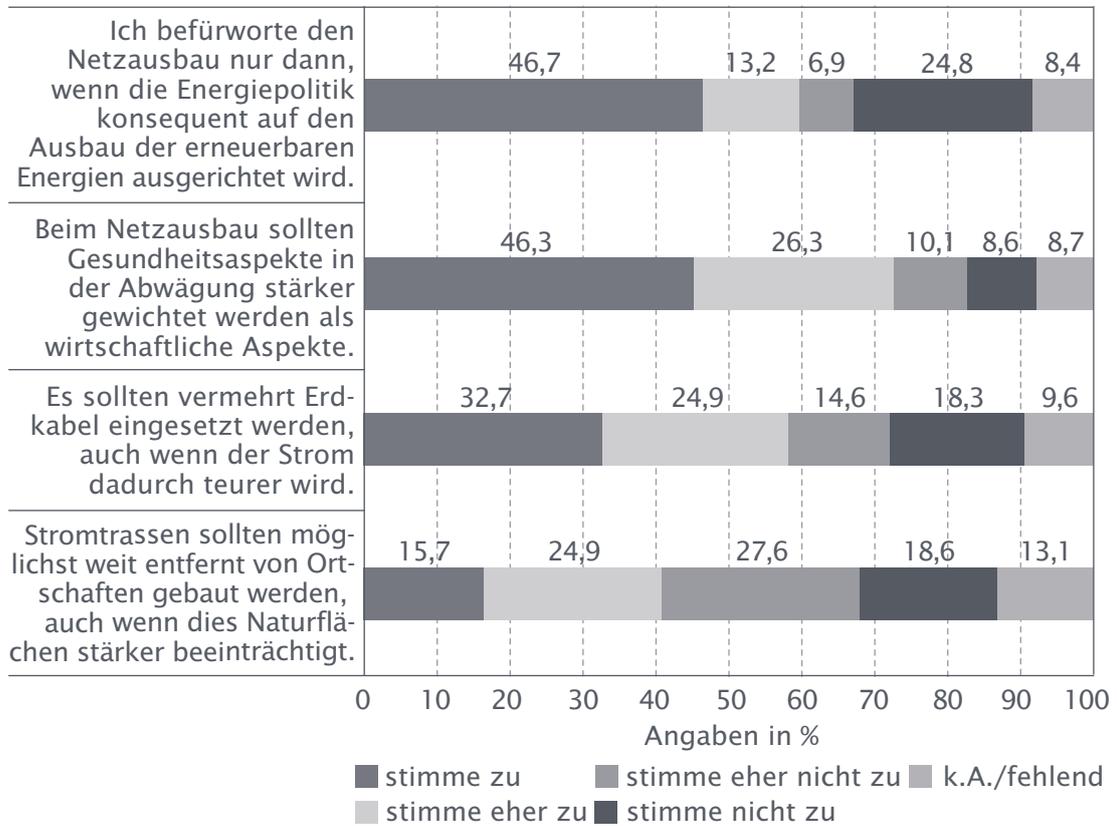
Stakeholder Panel TA (n = 4.309)

Allerdings gehen die Antworten der verschiedenen Stakeholdergruppen zum Einsatz von Erdkabeln deutlich auseinander: Während die Zustimmungswerte in der Gruppe der Wirtschaft nur bei 53% liegen, befürworten den Einsatz von Erdkabeln in der Gruppe Umwelt 75% und bei Bürger- und Verbraucherorganisationen 80% der Befragten (Abb. II.21). Ebenso wie beim Einsatz von Erdkabeln finden sich auch bei der Frage der stärkeren Berücksichtigung von Gesundheitsaspekten die meisten Befürworter bei den Bürger- und Verbraucherorganisationen. Sie stimmen (neben der Gruppe Umwelt) am häufigsten der Aussage zu oder eher zu, dass Gesundheitsaspekte in der Abwägung stärker gewichtet werden sollten als wirtschaftliche Aspekte (Abb. II.22).



ABB. II.20

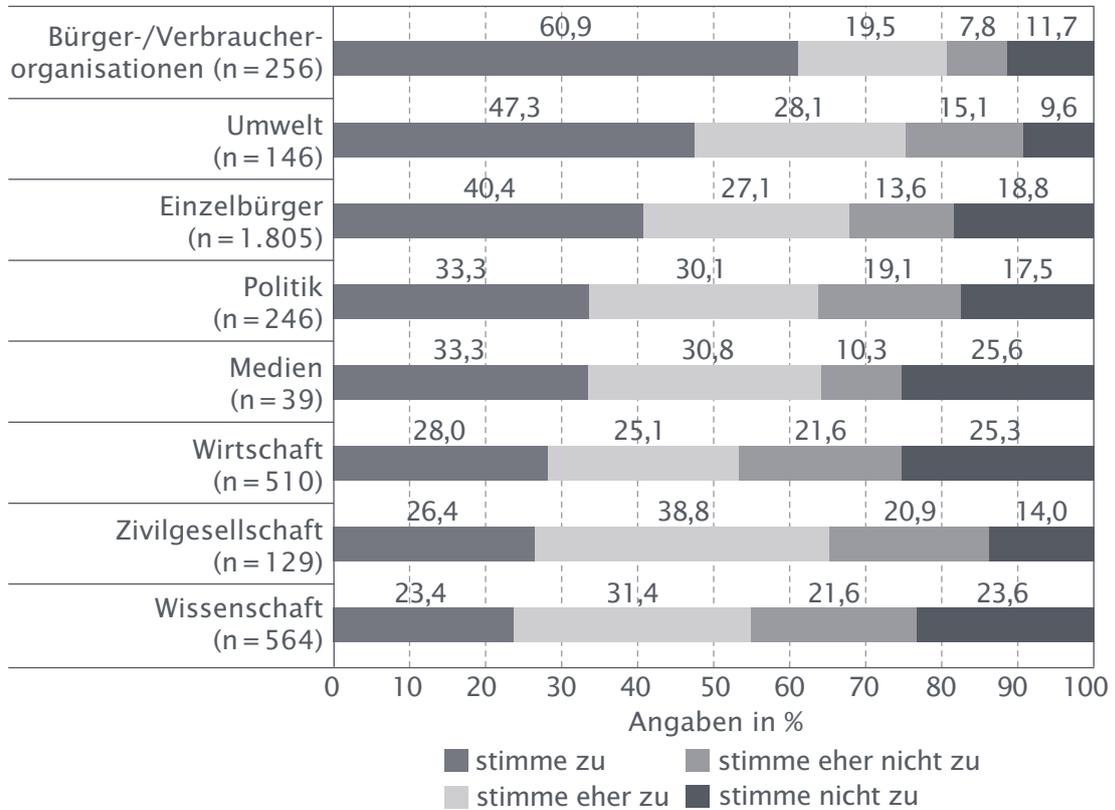
STATEMENTS ZUM NETZAUSBAU



Stakeholder Panel TA (n = 4.309)



ABB. II.21 EINSTELLUNGEN DER STAKEHOLDER ZUM EINSATZ VON ERDKABELN



Aussage: »Es sollten vermehrt Erdkabel eingesetzt werden, auch wenn der Strom dadurch teurer wird.«

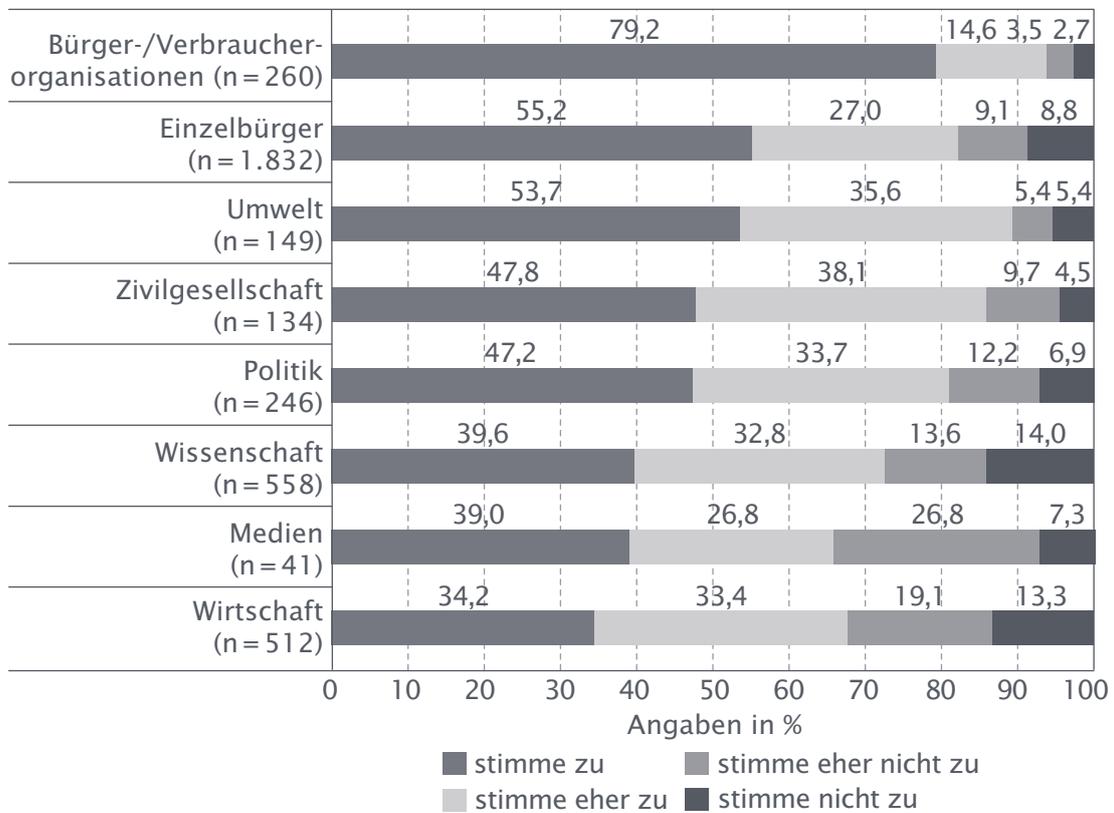
Aus statistischen Gründen wurden die Kategorien »keine Angabe« und »sonstige« in den Auswertungen nach Stakeholdergruppen nicht mit berücksichtigt.

Fehlend n = 614; Signifikanzniveau: < 0,001; Cramers V = 0,129

Stakeholder Panel TA (n = 4.309)



ABB. II.22 STÄRKERE GEWICHTUNG VON GESUNDHEITSASPEKTEN



Aussage: »Beim Netzausbau sollten Gesundheitsaspekte in der Abwägung stärker gewichtet werden als wirtschaftliche Aspekte.«

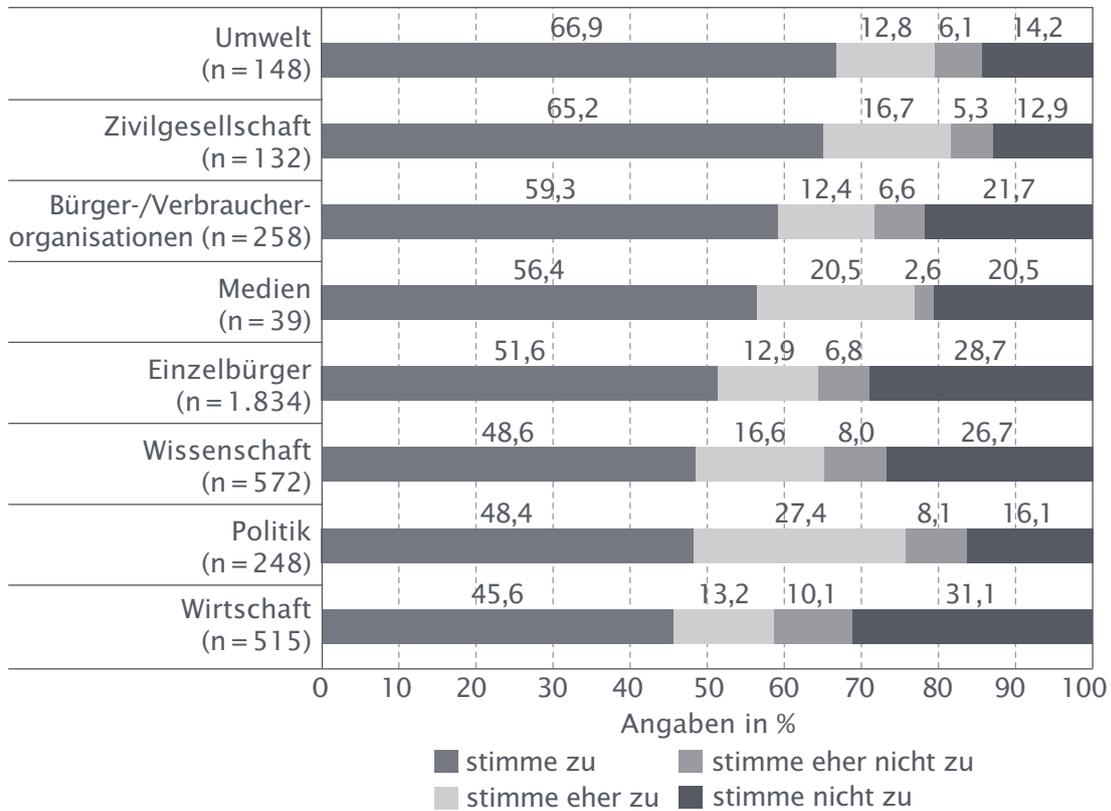
Aus statistischen Gründen wurden die Kategorien »keine Angabe« und »sonstige« in den Auswertungen nach Stakeholdergruppen nicht mit berücksichtigt.

Fehlend n = 577; Signifikanzniveau: < 0,001; Cramers V = 0,146

Stakeholder Panel TA (n = 4.309)



ABB. II.23 BEDEUTUNG DES ENERGIEPOLITISCHEN HINTERGRUNDS FÜR DIE ZUSTIMMUNG ZUM NETZAUSBAU



Aussage: »Ich befürworte den Netzausbau nur dann, wenn die Energiepolitik konsequent auf den Ausbau der erneuerbaren Energien ausgerichtet wird.«
 Aus statistischen Gründen wurden die Kategorien »keine Angabe« und »sonstige« in den Auswertungen nach Stakeholdergruppen nicht mit berücksichtigt.
 Fehlend n = 563; Signifikanzniveau: < 0,001; Cramers V = 0,096
 Stakeholder Panel TA (n = 4.309)

ANTWORTVERHALTEN DER STAKEHOLDERGRUPPEN SOWIE DER EINZELBÜRGER

7.

Betrachtet man das Antwortverhalten der einzelnen Stakeholdergruppen über die verschiedenen Fragen hinweg, fällt auf, dass Bürger- und Verbraucherorganisationen sowohl der Energiewende insgesamt als auch dem Ausbau der Stromnetze am kritischsten gegenüberstehen. Dies lässt sich dadurch erklären, dass hier zu einem merklichen Teil Mitglieder von Bürgerinitiativen geantwortet haben, die sich explizit gegen den Stromtrassenbau, für Erdkabel oder gegen den Bau von Windparks engagieren. Über die Hälfte derjenigen, die genauere



Angaben zur Organisation gemacht haben, lässt sich dieser »Kontrakoalition« zuordnen. Zu einem geringeren Teil finden sich in dieser Gruppe Bürgerenergiegenossenschaften, lokale Agenda-21-Initiativen, Solar-Fördervereine und andere Initiativen zur Förderung erneuerbarer Energien, Verbraucherinitiativen sowie weitere Bürgerorganisationen (Bürgerinitiativen für Umwelt- und Naturschutz, Freiwillige Feuerwehr, Attac, Bürgervereine etc.). Gleichzeitig sieht sich die Stakeholdergruppe der Bürger- und Verbraucherorganisationen am schlechtesten über den Ausbau der Stromnetze informiert.

Demgegenüber weist die Gruppe der Zivilgesellschaft die höchsten Zustimmungswerte zu den Zielen der Energiewende, zur von der Bundesregierung beschlossenen Energiewende insgesamt und auch zum Ausbau der Stromnetze auf. Der eigene Informationsstand zum Netzausbau wird aber auch von der Mehrheit dieser Gruppe als unzureichend wahrgenommen. Nur ca. 42% fühlen sich gut informiert. Im Unterschied zur Stakeholdergruppe der Bürger- und Verbraucherorganisationen, in der Initiativen und Organisationen vertreten sind, die explizit die Interessen von Bürgern und Verbrauchern vertreten, umfasst die Gruppe Zivilgesellschaft Organisationen, die im breiteren Sinne gesellschaftliche Werte und Interessen repräsentieren (wie Bildung, Kultur oder Religion). Hierzu gehören neben diversen Verbänden und Vereinen z. B. auch Stiftungen und kirchliche Organisationen.

Eine Sonderstellung in der Befragung nehmen die interessierten Einzelbürger ein, da es sich bei ihnen nicht um eine Stakeholdergruppe gemäß der entwickelten Einteilung handelt. Wie eingangs dargelegt, ist der Anteil der Einzelbürger, die sich keiner Stakeholdergruppe zugeordnet haben, mit ca. 46% der Befragten sehr hoch. Daher werden auch die Gesamtergebnisse durch das Antwortverhalten dieser Gruppe in hohem Maß beeinflusst.

Betrachtet man die Gesamtheit der Fragen, so zeigt sich, dass die Einzelbürger zwar die zentralen Ziele der Energiewende (Reduzierung der Nutzung fossiler Energien, Ausbau erneuerbarer Energien, Ausstieg aus der Atomenergie) in der Mehrheit befürworten, dass sie aber der Art der Umsetzung der Energiewende und dem Ausbau der Stromnetze kritisch gegenüberstehen. Bezüglich der von der Bundesregierung beschlossenen Energiewende insgesamt weisen sie die geringsten Zustimmungswerte aller Gruppen auf (38% stimmen zu oder eher zu). Diese Haltung geht mit einer Ablehnung des Netzausbaus einher (59,8% befürworten den Netzausbau nicht oder eher nicht). Besonders mögliche Gesundheitsrisiken von elektromagnetischen Feldern stellen für sie ein relevantes Thema dar, zu dem sie sich mehr Informationen und dessen stärkere Berücksichtigung in Diskussionen zum Netzausbau wünschen. Nur knapp ein Viertel fühlt sich derzeit zum Thema Netzausbau gut informiert. Von allen Gruppen fühlen sich damit die Einzelbürger (neben den Bürger- und Verbraucherorganisationen) am schlechtesten informiert.





BETEILIGUNG VON STAKEHOLDERN AN POLITISCHEN PROZESSEN

III.

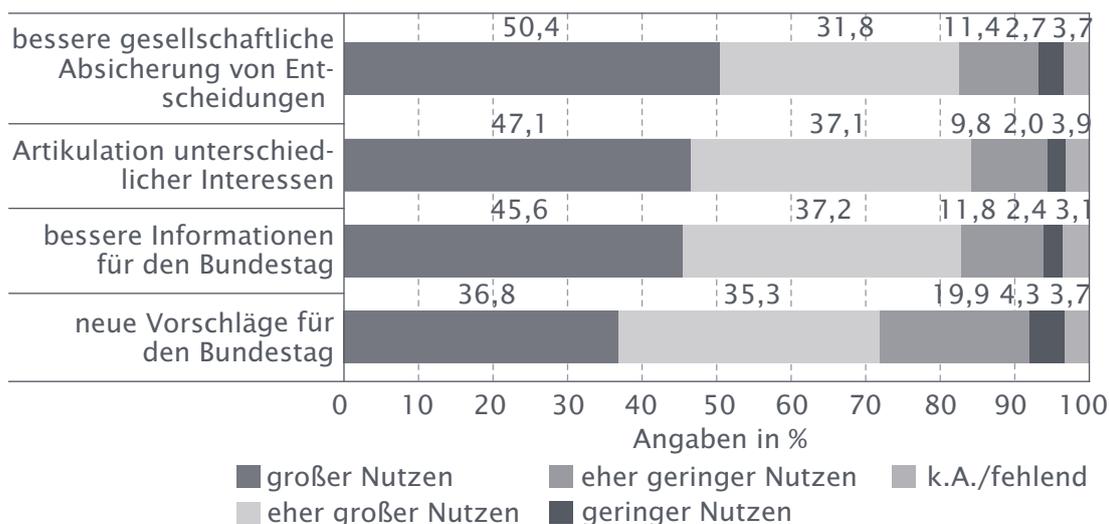
Gleichzeitig mit der Befragung »Ausbau der Stromnetze im Rahmen der Energiewende« (vom 26. November 2014 bis zum 15. Januar 2015) wurde ein weiterer Fragebogen zum Thema Beteiligung geschaltet, der sich an die Mitglieder des Stakeholder Panel TA richtete. Ziel war es zu ermitteln,

- > welcher Nutzen aus Sicht der Panelmitglieder mit der Beteiligung von unterschiedlichen Stakeholdergruppen an politischen Prozessen verbunden ist,
- > welche Beteiligungsformen als sinnvoll eingeschätzt werden und
- > inwieweit Beteiligung die politische Kultur in Deutschland verändert.

In die Auswertung einbezogen wurden jene 1.394 Panelmitglieder, die den Fragebogen zu mindestens 50 % ausgefüllt haben.

ABB. III.1

NUTZEN VON BETEILIGUNGSVERFAHREN

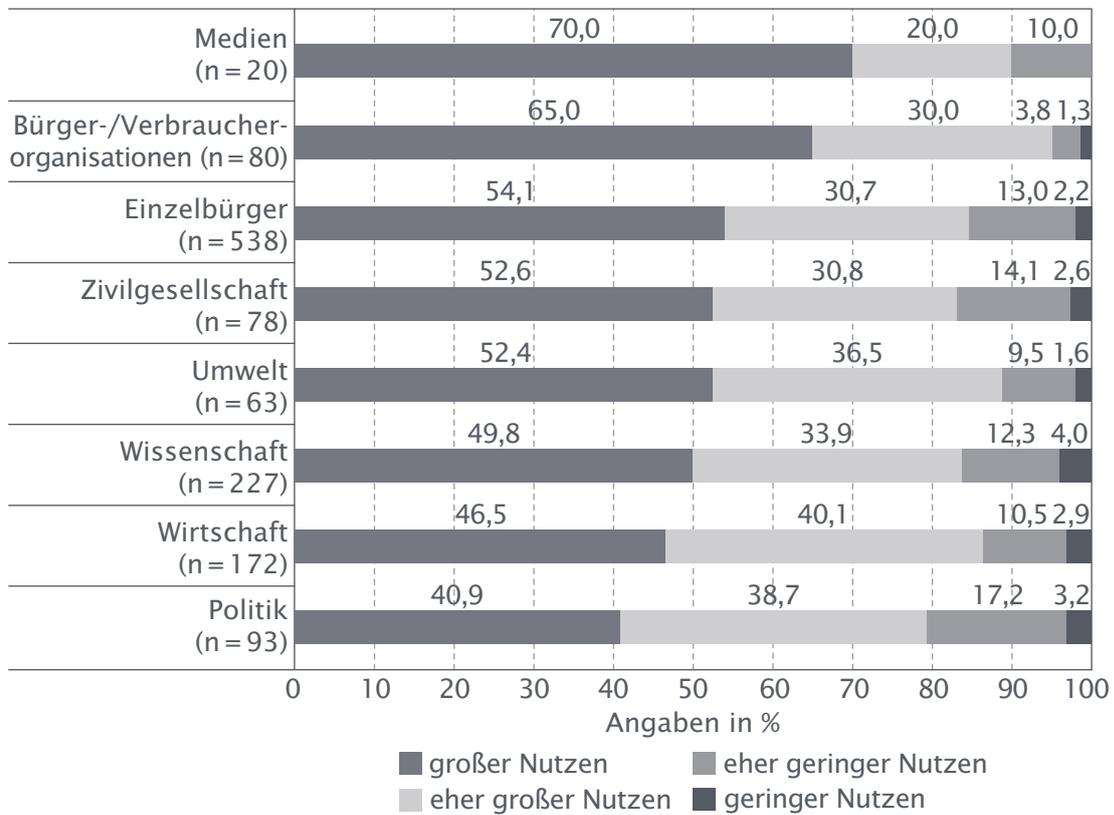


Frage: »Welcher Nutzen für den Deutschen Bundestag ist aus Ihrer Sicht mit der Beteiligung von unterschiedlichen gesellschaftlichen Stakeholdern an politischen Prozessen verbunden?«

Stakeholder Panel TA (n = 1.394)

Die Ergebnisse zeigen, dass die befragten Panelmitglieder den Nutzen von Beteiligungsverfahren, die Stakeholder in politische Prozesse integrieren, für den Deutschen Bundestag insgesamt als hoch einschätzen (Abb. III.1). Der Nutzen besteht vor allem in einer besseren gesellschaftlichen Absicherung von Entscheidungen, in der Möglichkeit, unterschiedliche Interessen artikulieren zu können, sowie in der Bereitstellung besserer Informationen für den Bundestag.

ABB. III.2 NUTZEN VON BETEILIGUNGSVERFAHREN: BESSERE GESELLSCHAFTLICHE ABSICHERUNG VON ENTSCHEIDUNGEN



Frage: »Welcher Nutzen für den Deutschen Bundestag ist aus Ihrer Sicht mit der Beteiligung von unterschiedlichen gesellschaftlichen Stakeholdern an politischen Prozessen verbunden? Bessere gesellschaftliche Absicherung von Entscheidungen«

Aus statistischen Gründen wurden die Kategorien »keine Angabe« und »sonstige« in den Auswertungen nach Stakeholdergruppen nicht mit berücksichtigt.

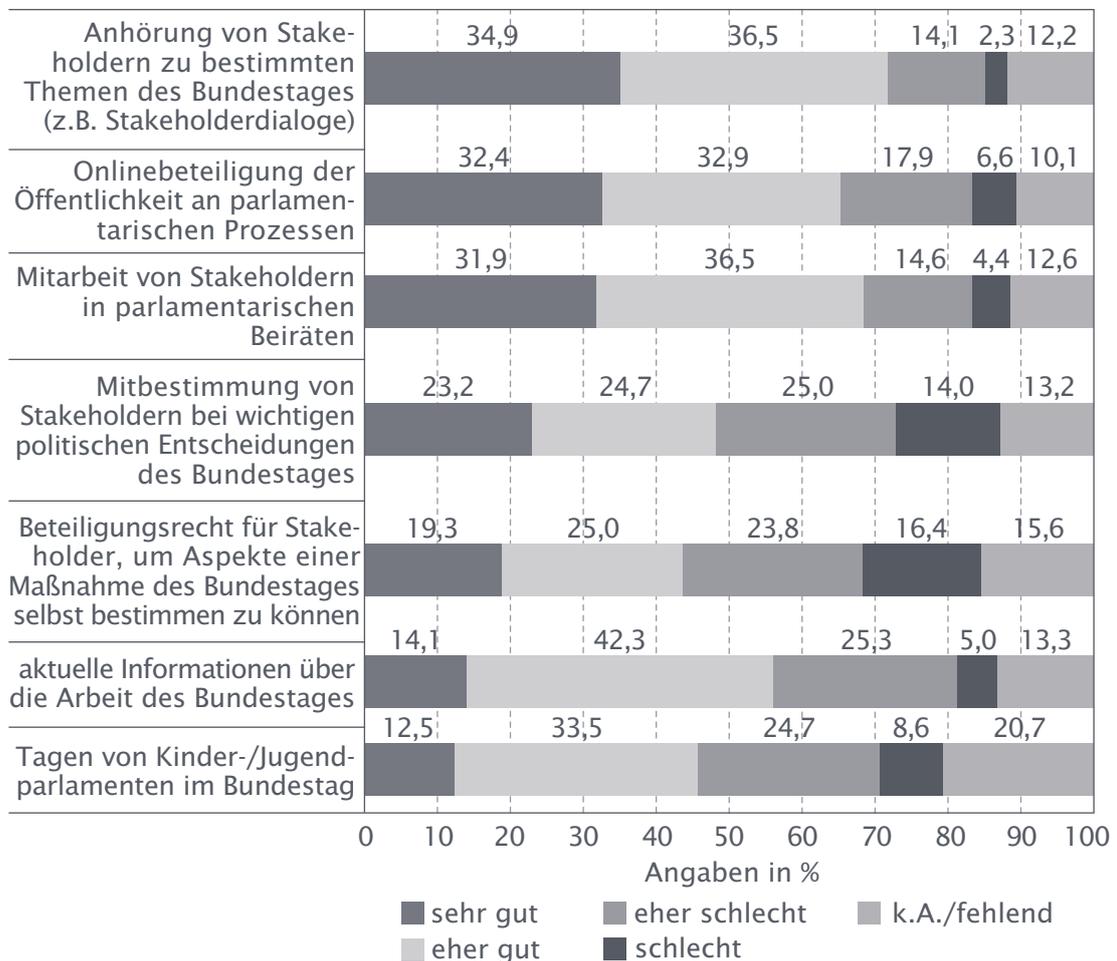
Fehlend n = 123; da in sieben Zellen die erwartete Häufigkeit < 5 ist, können hier keine belastbaren Aussagen über die Signifikanz getroffen werden.

Stakeholder Panel TA (n = 1.394)

Auch in der Möglichkeit, neue Vorschläge für den Bundestag einzubringen, sieht die Mehrheit der Befragten einen großen oder eher großen Nutzen. Diese Einschätzungen werden von allen Stakeholdergruppen geteilt, wobei Bürger- und Verbraucherorganisationen sowie Medien den Nutzen noch etwas stärker betonen als Politik und Wirtschaft, wie es beispielsweise das Item „bessere gesellschaftliche Absicherung von Entscheidungen“ zeigt (Abb. III.2).



ABB. III.3 BEWERTUNG VON BETEILIGUNGSFORMEN



Frage: »Wie bewerten Sie grundsätzlich die folgenden Beteiligungsformen?«
 Stakeholder Panel TA (n = 1.394)

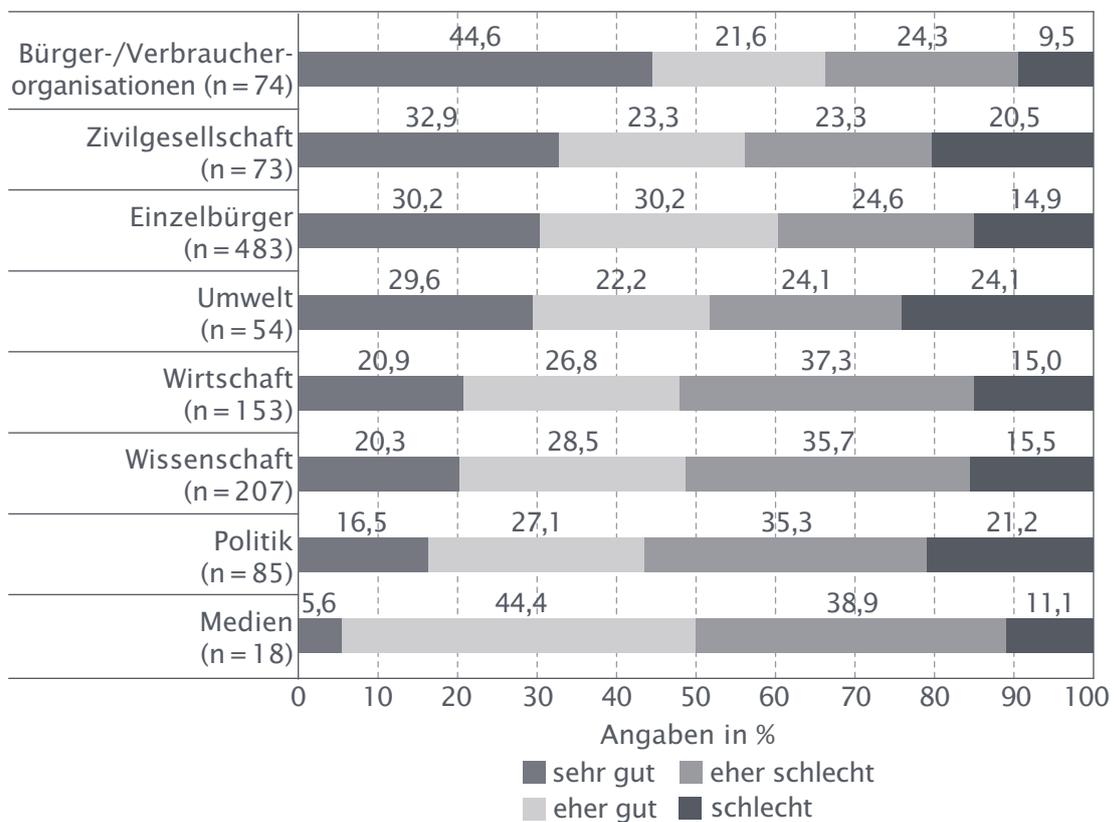
Folgende Beteiligungsformen werden von der Mehrheit der Befragten als gut oder eher gut bewertet (Abb. III.3):

- > Anhörung von Stakeholdern zu bestimmten Themen des Bundestages (z. B. in Stakeholderdialogen)
- > Onlinebeteiligung der Öffentlichkeit an parlamentarischen Prozessen
- > Mitarbeit von Stakeholdern in parlamentarischen Beiräten
- > Aktuelle Informationen über die Arbeit des Bundestages

Geringere Zustimmungswerte (ca. 48%) erhält die Mitbestimmung von Stakeholdern bei wichtigen politischen Entscheidungen des Bundestages. Auch ein Beteiligungsrecht für Stakeholder, um Aspekte einer Maßnahme des Bundestages selbst bestimmen zu können, wird nur von ca. 44% der Befragten positiv eingeschätzt.

Zudem sind hier Unterschiede zwischen den Stakeholdergruppen festzustellen, wobei Bürger- und Verbraucherorganisationen und Zivilgesellschaft diese beiden Formen der Mitbestimmung etwas stärker befürworten als Politik und Medien. Dies zeigt sich besonders bei dem Item „Mitbestimmung von Stakeholdern bei wichtigen politischen Entscheidungen des Bundestages“. Während etwa 66% in der Gruppe Bürger- und Verbraucherorganisationen und 56% der Zivilgesellschaft diese Beteiligungsform mit gut oder sehr gut bewerten, sind es in der Gruppe Wirtschaft 48% und bei der Politik ca. 44% (Abb. III.4).

ABB. III.4 MITBESTIMMUNG VON STAKEHOLDERN BEI WICHTIGEN POLITISCHEN ENTSCHEIDUNGEN DES BUNDESTAGES



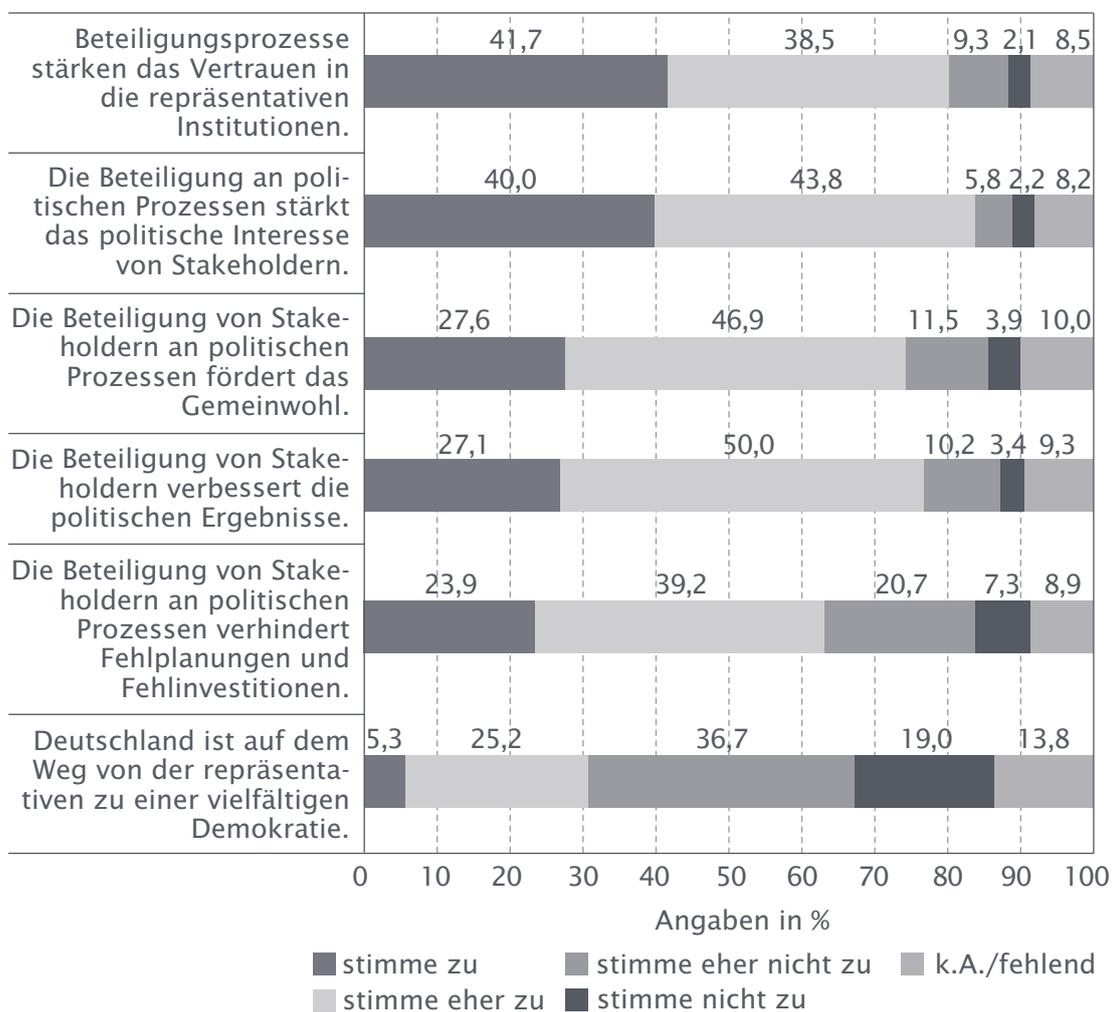
Frage: »Wie bewerten Sie die folgenden Beteiligungsformen: Mitbestimmung von Stakeholdern bei wichtigen politischen Entscheidungen des Bundestages«
 Aus statistischen Gründen wurden die Kategorien »keine Angabe« und »sonstige« in den Auswertungen nach Stakeholdergruppen nicht mit berücksichtigt.
 Fehlend n = 247; Signifikanzniveau: < 0,001; Cramers V = 0,120
 Stakeholder Panel TA (n = 1.394)



Nach Ansicht der Befragten fördern Beteiligungsprozesse die politische Kultur in Deutschland (Abb. III.5), indem sie dazu beitragen,

- > das Vertrauen in die repräsentativen Institutionen zu stärken,
- > das politische Interesse von Stakeholdern zu stärken,
- > das Gemeinwohl zu fördern,
- > die politischen Ergebnisse zu verbessern und
- > Fehlplanungen und Fehlinvestitionen zu verhindern.

ABB.III.5 WANDEL DER POLITISCHEN KULTUR



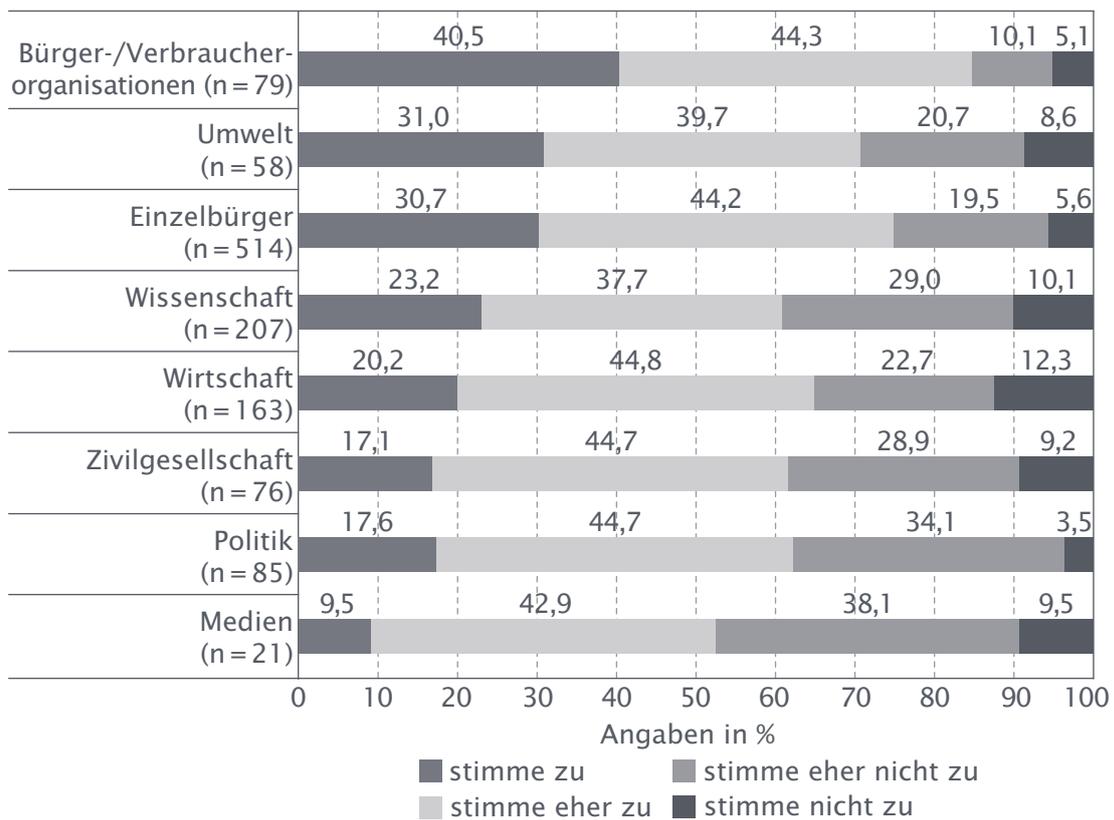
Aussage: »Bitte sagen Sie uns, ob Sie den folgenden Aussagen im Kontext des Wandels in Deutschland zustimmen oder nicht zustimmen.«

Stakeholder Panel TA (n = 1.394)

Einen Wandel, wonach Deutschland auf dem Weg von der repräsentativen zu einer vielfältigen Demokratie sei, sehen die befragten Panelmitglieder jedoch nicht. Nur knapp ein Drittel der Befragten stimmt der Aussage zu oder eher zu, dass sich Deutschland auf dem Weg zu einem solchen Wandel befinde.

Auch bei diesen Fragen weisen Bürger- und Verbraucherorganisationen die höchsten Zustimmungswerte auf. Besonders deutlich wird dies bei der Aussage »Die Beteiligung von Stakeholdern an politischen Prozessen verhindert Fehlplanungen und Fehlinvestitionen«. Während hier ca. 85% der Befragten aus der Gruppe Bürger- und Verbraucherorganisationen einem großen oder eher großen Nutzen zustimmen, sind es bei der Politik mit etwa 62% und bei den Medien mit 52% merklich weniger.

ABB.III.6 DIE BETEILIGUNG VON STAKEHOLDERN AN POLITISCHEN PROZESSEN VERHINDERT FEHLPLANUNGEN UND FEHLINVESTITIONEN



Aussage: »Die Beteiligung von Stakeholdern an politischen Prozessen verhindert Fehlplanungen und Fehlinvestitionen.«

Aus statistischen Gründen wurden die Kategorien »keine Angabe« und »sonstige« in den Auswertungen nach Stakeholdergruppen nicht mit berücksichtigt.

Fehlend n = 191; Signifikanzniveau: < 0,001; Cramers V = 0,122

Stakeholder Panel TA (n = 1.394)



FAZIT

Die befragten Panelmitglieder schätzen den Nutzen von Formaten zur Beteiligung von Stakeholdern für die Arbeit des Deutschen Bundestages als hoch ein. Dabei werden vor allem folgende Beteiligungsformen begrüßt: Anhörungen von Stakeholdern im Bundestag, Onlinebeteiligung der Öffentlichkeit an der Parlamentsarbeit sowie Mitarbeit von Stakeholdern in parlamentarischen Beiräten. Eine direkte Mitbestimmung von Stakeholdern bei wichtigen politischen Entscheidungen erhält im Vergleich dazu etwas geringere Zustimmungswerte. Knapp die Hälfte der Befragten (48 %) bewertet diese Form der Beteiligung positiv. In der Gruppe Politik sind es 43,6 %.

Die Befragten sind der Ansicht, dass Beteiligungsprozesse die politische Kultur in Deutschland stärken. Insbesondere tragen sie dazu bei, das Interesse sowie das Vertrauen in die politischen Institutionen zu stärken und verbessern die politischen Ergebnisse. Eine Abkehr von der rein repräsentativen und einen Wandel hin zu einer vielfältigen, partizipativen Demokratie können die Befragten dabei jedoch nicht erkennen. Hier bieten sich also durchaus Potenziale für die Zukunft.





LITERATUR

- Deutsche Umwelthilfe (Hg.) (2013): Forum Netzintegration Erneuerbare Energien. Politikempfehlungen zum Um- und Ausbau der Stromnetze. Radolfzell
- Innovationsforum Energiewende (Hg.) (2014): Deutscher Energiekompass 2014/2015. 2. Befragungswelle. www.innovationsforum-energiewende.de/deutscher-energiekompass-20142015
- Opielka, M., Oertel, B., Evers-Wölk, M., Henseling, C. (2014): Dialogprozesse und Diskursanalysen. TAB-Brief Nr. 43, S. 10–13
- Schweizer-Ries, P., Rau, I., Zoellner, J. (2010): Abschlussbericht »Umweltpsychologische Untersuchung der Akzeptanz von Maßnahmen zur Netzintegration Erneuerbarer Energien in der Region Wahle-Mecklar (Niedersachsen und Hessen)«. Magdeburg
- Zimmer, R., Kloke, S., Gaedtke, M. (2012): Der Streit um die Uckermarkleitung – Eine Diskursanalyse. Berlin



ANHANG

ABBILDUNGSVERZEICHNIS		1.
Abb. I.1	Überblick über die einzelnen Stakeholdergruppen im Stakeholder Panel TA	12
Abb. II.1	Zuordnung der Stakeholder	19
Abb. II.2	Geografische Verteilung der Befragten	20
Abb. II.3	Einstellungen zur Energiewende	21
Abb. II.4	Zustimmung der Stakeholder zum Ausbau der Stromnetze	22
Abb. II.5	Zustimmung der Stakeholder zur Energiewende insgesamt	23
Abb. II.6	Gesellschaftliche Konflikte I	25
Abb. II.7	Einschätzung der Stakeholder: Erhalt des landschaftlichen Erholungswertes	26
Abb. II.8	Einschätzung der Stakeholder: Werterhalt von Grundstücken	27
Abb. II.9	Gesellschaftliche Konflikte II	28
Abb. II.10	Informiertheit der Stakeholder zum Ausbau der Stromnetze	29
Abb. II.11	Beteiligungsmöglichkeiten beim Ausbau der Stromnetze	30
Abb. II.12	Bürger über die formellen Beteiligungsmaßnahmen hinaus an den Planungsverfahren beteiligen	31
Abb. II.13	Anregungen der Bürger im Planungsprozess wo möglich aufnehmen	32
Abb. II.14	Bewertung von innovativen Projekten und Technologien	33
Abb. II.15	Wichtige Maßnahmen für die Energiewende	34
Abb. II.16	Stromspeicher ausbauen für die bessere Einbindung erneuerbarer Energien	35



Abb. II.17	Einsparungen und Effizienzsteigerungen im Energiebereich fördern	36
Abb. II.18	Stromtrassen ausbauen	37
Abb. II.19	Erhöhung der Akzeptanz beim Netzausbau	40
Abb. II.20	Statements zum Netzausbau	41
Abb. II.21	Einstellungen der Stakeholder zum Einsatz von Erdkabeln	42
Abb. II.22	Stärkere Gewichtung von Gesundheitsaspekten	43
Abb. II.23	Bedeutung des energiepolitischen Hintergrunds für die Zustimmung zum Netzausbau	44
Abb. III.1	Nutzen von Beteiligungsverfahren	47
Abb. III.2	Nutzen von Beteiligungsverfahren: bessere gesellschaftliche Absicherung von Entscheidungen	48
Abb. III.3	Bewertung von Beteiligungsformen	49
Abb. III.4	Mitbestimmung von Stakeholdern bei wichtigen politischen Entscheidungen des Bundestages	50
Abb. III.5	Wandel der politischen Kultur	51
Abb. III.6	Die Beteiligung von Stakeholdern an politischen Prozessen verhindert Fehlplanungen und Fehlinvestitionen	52

TABELLENVERZEICHNIS **2.**

Tab. II.1	Sonstige Maßnahmen für die Energiewende	38
-----------	---	----



FRAGEBOGEN »AUSBAU DER STROMNETZE IM RAHMEN DER ENERGIEWENDE«

3.

EINSTELLUNGEN ZUR ENERGIEWENDE UND DEN DAMIT VERBUNDENEN ZIELSETZUNGEN

1. Bitte geben Sie an, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen.

	stimme nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme zu	keine An- gabe
Ich befürworte den zielgerichteten Ausbau erneuerbarer Energien.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Ich befürworte den Ausstieg aus der Kernenergie.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Ich befürworte die Reduzierung der Verwendung fossiler Energieträger (Kohle, Öl, Gas).	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Ich befürworte den Ausbau der Stromnetze.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Ich befürworte die von der Bundesregierung beschlossene Energiewende insgesamt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

BEWERTUNG DER MASSNAHMEN ZUR UMSETZUNG DER ENERGIEWENDE

2. Im Folgenden werden einige Maßnahmen zur Umsetzung der Energiewende genannt. Welches sind aus Ihrer Sicht die fünf wichtigsten Maßnahmen für den Erfolg der Energiewende in den kommenden zehn Jahren?

Bitte kreuzen Sie bis zu fünf Maßnahmen an.

- Stromspeicher ausbauen für die bessere Einbindung erneuerbarer Energien
- Einsparungen und Effizienzsteigerungen im Energiebereich fördern
- Planungssicherheit für den Ausbau von erneuerbaren Energien weiter stärken
- intelligente Verteilnetze zur Nutzung von dezentral erzeugtem Strom ausbauen
- fossile flexible Gaskraftwerke bauen, um Schwankungen von Wind- und Solarstrom aufzufangen
- Stromtrassen für die Verteilung von Windenergie aus dem Norden zu den Zentren des Verbrauchs (Süden und Westen) ausbauen
- Lastflexibilität (Steuerung des Stromverbrauchs bei Haushalten und Betrieben zur bestmöglichen Auslastung der bestehenden Netze)



- frühe Öffentlichkeitsbeteiligung bei Infrastrukturvorhaben umsetzen
- mehr dezentrale Kraftwerke in Verbrauchernähe fördern
- finanzielle Teilhabemöglichkeiten für Bürger stärken
- sonstige, bitte nennen _____

BEWERTUNG VON INNOVATIVEN PROJEKTEN UND TECHNOLOGIEN

3. *Im Folgenden nennen wir Ihnen Beispiele für innovative Projekte und Technologien zur Umsetzung der Energiewende. Bitte markieren Sie zu jeder genannten Innovation, welche Bedeutung sie aus Ihrer Sicht für die Umsetzung der Energiewende hat.*

	geringe Bedeutung	eher geringe Bedeutung	eher große Bedeutung	große Bedeutung	keine Angabe
Offshorewindparks (Windräder auf dem Meer)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
große zentrale Stromspeicher (Pumpspeicher, Druckluftspeicher)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
kleinere lokale Stromspeicher (Batterien)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Power-to-Gas-Technologie: aus überschüssigem Wind- und Solarstrom Wasserstoff oder Methan erzeugen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Erdkabel im Höchstspannungsnetz	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Smart Grid: intelligent steuerbare Netze (Steuerung von Erzeugung und Verbrauch zur bestmöglichen Auslastung der bestehenden Netze)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Import von Solarstrom aus Südeuropa und Nordafrika	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Import von Strom aus Wasserkraft aus Skandinavien (Norwegen, Schweden)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
sonstige, bitte nennen _____					



GESELLSCHAFTLICHE KONFLIKTE

4. *Gesellschaftliche Konflikte im Rahmen des Ausbaus der Stromnetze konzentrieren sich oft darauf, ob man der Umsetzung der Energiewende Vorrang vor anderen gesellschaftlichen Zielen gibt. In welchem Maße sollten Ihrer Einschätzung nach Artenvielfalt, landschaftlicher Erholungswert oder der Werterhalt von Grundstücken Vorrang vor der Energiewende haben?*

	nie	selten	häufig	immer	keine Angabe
Der Erhalt der Artenvielfalt sollte Vorrang vor der Energiewende haben.	<input type="radio"/>				
Der Erhalt des landschaftlichen Erholungswertes sollte Vorrang vor der Energiewende haben.	<input type="radio"/>				
Der Werterhalt von Grundstücken sollte Vorrang vor der Energiewende haben.	<input type="radio"/>				

5. *Im Folgenden werden verschiedene Aussagen zur Energiewende aufgeführt. Bitte geben Sie jeweils an, inwieweit Sie den einzelnen Aussagen zustimmen.*

	stimme nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme zu	keine Angabe
Ich halte die Kritik, die Energiewende gehe durch steigende Strompreise zu sehr zulasten der Verbraucher, für berechtigt.	<input type="radio"/>				
Ich halte die Kritik, die Energiewende gehe durch steigende Strompreise zu sehr zulasten der Wirtschaft, für berechtigt.	<input type="radio"/>				
Ich halte die Befürchtung für berechtigt, dass es zu erheblichem Widerstand durch von Netzausbauprojekten betroffene Bürger kommt.	<input type="radio"/>				

sonstige, bitte nennen _____

**BETEILIGUNGSMÖGLICHKEITEN BEIM AUSBAU DER STROMNETZE**

6. *Es gibt verschiedene Möglichkeiten, die Öffentlichkeit beim Ausbau der Stromnetze zu beteiligen.*

Welche Formen und Instrumente der Beteiligung halten Sie für wichtig? Bitte geben Sie jeweils an, ob Sie diese Form der Beteiligung für nicht wichtig, eher nicht wichtig, eher wichtig, oder wichtig halten.

	nicht wichtig	eher nicht wichtig	eher wichtig	wichtig	keine Angabe
transparente Informationen der Leitungsnetzbetreiber zur Notwendigkeit des Stromtrassenbaus für die Öffentlichkeit	<input type="radio"/>				
transparente Informationen über den Planungsstand zum Netzausbau für die Öffentlichkeit	<input type="radio"/>				
frühe Öffentlichkeitsbeteiligung beim Ausbau der Stromnetze	<input type="radio"/>				
Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger stärker bekannt machen	<input type="radio"/>				
Bürger über die formellen Beteiligungsmaßnahmen hinaus an den Planungsverfahren beteiligen, z. B. durch »Runde Tische«.	<input type="radio"/>				
Anregungen der Bürger im Planungsprozess wo möglich aufnehmen	<input type="radio"/>				
Einbeziehung neutraler Experten (unabhängig vom Netzbetreiber)	<input type="radio"/>				

STIMMEN SIE DEN FOLGENDEN AUSSAGEN ZU?

7. *Bezüglich des Themas »Ausbau der Stromnetze« fühle ich mich gut informiert.*

ja nein keine Angabe

8. *Ich würde mir mehr Informationen über den Netzausbau wünschen.*

ja nein keine Angabe



ERHÖHUNG DER AKZEPTANZ BEIM NETZAUSBAU

9. *Im Folgenden sind verschiedene Maßnahmen genannt, die dabei helfen können, die Akzeptanz in der Bevölkerung zum Netzausbau zu erhöhen. Wie wichtig sind Ihrer Meinung nach diese Maßnahmen?*

	nicht wichtig	eher nicht wichtig	eher wichtig	wichtig	keine Angabe
finanzielle Beteiligungsmodelle für Anwohner an Netzausbauvorhaben entwickeln und erproben	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
derzeitige Entschädigungspraxis für Städte und Gemeinden ausweiten	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Leitungen entlang bestehender Infrastrukturtrassen bauen (z. B. Autobahn, Bahntrassen)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Überlastung einer Region mit Infrastruktur vermeiden	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
intensiver über die Wirkungsweisen und möglichen Gesundheitsrisiken von elektromagnetischen Feldern informieren	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

10. *Im Folgenden werden verschiedene Aussagen zum Netzausbau aufgeführt. Bitte geben Sie jeweils an, inwieweit Sie den einzelnen Aussagen zustimmen.*

	stimme nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme zu	keine Angabe
Stromtrassen sollten möglichst weit entfernt von Ortschaften gebaut werden, auch wenn dadurch Naturflächen stärker beeinträchtigt werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Es sollten vermehrt Erdkabel eingesetzt werden, auch wenn der Strom dadurch teurer wird.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Ich befürworte den Netzausbau nur dann, wenn die Energiepolitik konsequent auf den Ausbau der erneuerbaren Energien ausgerichtet wird.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Beim Netzausbau sollten Gesundheitsaspekte in der Abwägung stärker gewichtet werden als wirtschaftliche Aspekte.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>



STAKEHOLDERGRUPPE

11. Bitte teilen Sie uns mit zu welcher Stakeholdergruppe Sie gehören. Es ist nur eine primäre Zuordnung möglich. Die Beantwortung dieser Frage ist für die Auswertung sehr wichtig!

Bitte wählen Sie *zunächst die Haupt- und dann die Unterkategorie* aus. Es ist nur eine Antwort möglich!

Wissenschaft/Forschung/ Bildung	Politik/Administration/ öffentliche Einrichtungen	Bürger und Verbrau- cher
<input type="radio"/> Schulen	<input type="radio"/> Bundesregierung und Fachbehörden des Bundes	<input type="radio"/> Bürgervereinigungen
<input type="radio"/> Universitäten, Hochschulen	<input type="radio"/> Landesregierung und Fachbehörden der Länder	<input type="radio"/> Verbraucherschutz
<input type="radio"/> Forschungseinrichtungen	<input type="radio"/> Parlamente	<input type="radio"/> interessierte/engagierte Einzelbürger
<input type="radio"/> Technologietransfer und Innovationsförderung	<input type="radio"/> öffentliche Verwaltung	<input type="radio"/> sonstige Einrichtung, bitte nennen: -----
<input type="radio"/> Fachverbände und Standesorganisationen	<input type="radio"/> öffentliche Einrichtung	<input type="radio"/>
<input type="radio"/> sonstige wissenschaftliche oder bildungsbezogene Einrichtung, bitte nennen: -----	<input type="radio"/> sonstige politische/administrative Einrichtung, bitte nennen: -----	<input type="radio"/>
Medien	Zivilgesellschaft	Umwelt
<input type="radio"/> publizistische Medien (Hörfunk, Fernsehen, Presse etc.)	<input type="radio"/> Verbände und Vereine (Nichtregierungs-/Non-Profit-Organisationen etc.)	<input type="radio"/> Umwelt- und Naturschutz
<input type="radio"/> Social Media	<input type="radio"/> Stiftungen	<input type="radio"/> Tierschutz
<input type="radio"/> Fachverbände und Standesorganisationen	<input type="radio"/> Kirchen	<input type="radio"/> sonstige umweltbezogene Einrichtung, bitte nennen: -----
<input type="radio"/> sonstiges Medium, bitte nennen: -----	<input type="radio"/> sonstiger zivilgesellschaftlich zustande gekommener Interessenverband, bitte nennen: -----	



Wirtschaft	sonstige Stakeholdergruppe/Personen oder keine Angabe
<input type="radio"/> Unternehmen	<input type="radio"/> sonstige Stakeholdergruppe/Personen, bitte nennen: _____
<input type="radio"/> Freiberufler	<input type="radio"/> keine Angabe
<input type="radio"/> Arbeitnehmervereinigun- gen, Fachverbände, Ge- werkschaften	
<input type="radio"/> sonstige wirtschaftsbezo- gene Einrichtung, bitte nennen: _____	

12. Bitte nennen Sie uns die ersten drei Ziffern Ihrer Postleitzahl. Es ist auch eine Eingabe Ihrer fünfstelligen Postleitzahl möglich.

Ihr Postleitzahlbezirk: _____

13. Freiwillige Angaben zu Ihrer Person

- weiblich
- männlich

Ihr Geburtsjahr: _____

14. Falls Sie aus Sicht einer Organisation oder Gruppe am Stakeholder Panel TA teilnehmen, freuen wir uns über eine Namensnennung und ggf. einen Hinweis auf die Abteilung, den Fachbereich oder das Tätigkeitsfeld:

Unternehmen/Organisation: _____

15. Möchten Sie uns zu diesem Thema noch etwas mit auf den Weg geben?

Wir freuen uns über Ihre Hinweise und Anregungen:

FRAGEBOGEN »BETEILIGUNG VON BÜRGERN UND INTERESSIERTEN GRUPPEN AN DER PARLAMENTSARBEIT« **4.**

1. *Es gibt verschiedene Auffassungen über den Nutzen von Beteiligungsverfahren für die Parlamentsarbeit. Welcher Nutzen für den Deutschen Bundestag ist aus Ihrer Sicht mit der Beteiligung von unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen (häufig auch als Stakeholder bezeichnet) an politischen Prozessen verbunden?*

	geringer Nutzen	eher geringer Nutzen	eher großer Nutzen	großer Nutzen	keine Angabe
bessere Informationen für den Bundestag	<input type="radio"/>				
bessere gesellschaftliche Absicherung von Entscheidungen	<input type="radio"/>				
neue Vorschläge für den Bundestag	<input type="radio"/>				
Artikulation unterschiedlicher Interessen	<input type="radio"/>				

2. *Im Folgenden haben wir verschiedene Formen der Beteiligung aufgelistet. Wie bewerten Sie grundsätzlich die folgenden Beteiligungsformen?*

	schlecht	eher schlecht	eher gut	sehr gut	keine Angabe
aktuelle Informationen über die Arbeit des Bundestages	<input type="radio"/>				
Anhörung von Stakeholdern zu bestimmten Themen des Bundestages (z. B. in Stakeholderdialogen)	<input type="radio"/>				
tagen von Kinder-/Jugendparlamenten im Bundestag	<input type="radio"/>				
Onlinebeteiligung der Öffentlichkeit an parlamentarischen Prozessen	<input type="radio"/>				
Mitarbeit von Stakeholdern in parlamentarischen Beiräten	<input type="radio"/>				
Mitbestimmung von Stakeholdern bei wichtigen politischen Entscheidungen des Bundestages	<input type="radio"/>				
Beteiligungsrecht für Stakeholder, um bestimmte Aspekte einer Maßnahme des Bundestages selbst bestimmen zu können	<input type="radio"/>				



3. *Die politische Kultur in Deutschland befindet sich in einem Veränderungsprozess. Bitte sagen Sie uns, ob Sie den folgenden Aussagen im Kontext des Wandels zustimmen oder nicht zustimmen.*

	stimme nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme zu	keine Angabe
Deutschland ist auf dem Weg von der repräsentativen zu einer vielfältigen Demokratie.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Beteiligung von Stakeholdern verbessert die politischen Ergebnisse.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Beteiligung von Stakeholdern an politischen Prozessen fördert das Gemeinwohl.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Beteiligung an politischen Prozessen stärkt das politische Interesse von Stakeholdern.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Beteiligungsprozesse stärken das Vertrauen in die repräsentativen Institutionen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Beteiligung von Stakeholdern an politischen Prozessen verhindert Fehlplanungen und Fehlinvestitionen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>



**BÜRO FÜR TECHNIKFOLGEN-ABSCHÄTZUNG
BEIM DEUTSCHEN BUNDESTAG**

KARLSRUHER INSTITUT FÜR TECHNOLOGIE (KIT)

Neue Schönhauser Straße 10
10178 Berlin

Fon +49 30 28491-0
Fax +49 30 28491-119

buero@tab-beim-bundestag.de
www.tab-beim-bundestag.de